

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 28 Nov. bis 1. Dez. in Papiermarkzahlung 1 Million, in wertbest. Gelde 80 Pf. Einzelverkaufpreis: 18 Gold-Pfennige oder 180 Milliarden Papiermark.

Redaktion: Johannisstraße 46.  
Fernruf: 905 nur Redaktion,  
926 nur Geschäftsstelle.



Anzeigengebühr für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 20 Gold-Pfennige, zwölfwärtige 25 Gold-Pf., Vierstimmige, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Gold-Pfennige, Reklamen 80 Gold-Pfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf: 926 nur Geschäftsstelle,  
905 nur Redaktion.

# Lübecker

# Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 271.

Dienstag, 27. November 1923.

30. Jahrgang.

## Alberts Schwierigkeiten.

### Reichstagsauflösung?

Die Regierungsbildung dürfte voraussichtlich am Dienstag mittag abgeschlossen sein. Sie geht in aller Stille und unter vollkommener Ausschaltung der Reichstagsfraktionen vor sich. Es ist deshalb verständlich, wenn ein Gerücht dem anderen folgt und bisher bestimmte Einzelheiten über die Absichten Alberts nicht in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Vorläufig verlautete, daß eine feste Zusage von den Ministern des Kabinetts Stresemann nur der Innenminister Dr. Jarres gemacht hat. Dr. Geßler, an den Albert mit dem Ersuchen herangetreten ist, im Amt zu bleiben, hat sich bis am Montag abend noch nicht endgültig entschieden, während Minister Brauns, der dem Zentrum angehört, sich über die an ihn ergangene Bitte, das Arbeitsministerium weiterhin zu übernehmen, nicht positiv entscheiden konnte, weil die Zentrumsfraktion die Zugehörigkeit von Zentrumsministern zum Kabinett Albert von ihrer vorherigen Zustimmung abhängig gemacht hat. Eine Entscheidung dürfte das Zentrum erst fällen, wenn die Zusammensetzung der Regierung Albert und ihr Programm bekannt ist.

Da sich das endgültige Zustandekommen der Regierung wider Erwarten verzögert hat, dürfte der Reichstag voraussichtlich vor Donnerstag nicht zusammentreten.

Bei der allgemeinen Stimmung innerhalb der Fraktionen ist kaum anzunehmen, daß das Geschäftsministerium Albert ein Vertrauensvotum erhält.

Die Fraktionen der Volkspartei und des Zentrums haben am Montag getagt, ohne einen festen Beschluß zu fassen. Sie machten aber aus ihrer Antipathie gegen Albert keinen Hehl. Die Deutschnationalen haben bereits jetzt ohne Kenntnis des Regierungsprogramms und der Zusammensetzung der Regierung ihr Urteil über das neue Kabinett gefällt. Sie lehnen selbstverständlich jedes Vertrauensvotum für Albert ab, da sie in ihm die „rechte Hand“ des sozialdemokratischen Reichspräsidenten sehen.

Albert dürfte vor dem Reichstag mit der Auflösungsorder in der Tasche erscheinen. Wird die von ihm gestellte Vertrauensfrage verneint, dann ist mit aller Bestimmtheit die sofortige Auflösung des Reichstags zu erwarten.

\*

Das in den vorgerückten Nachmittagsstunden verbreitete Gerücht von einem Scheitern der Mission Alberts und einer Beauftragung des bisherigen Reichsministers des Innern Dr. Jarres mit der Neubildung der Regierung wird uns von gutunterrichteter Seite als durchaus falsch bezeichnet. In den Zuständigen Kreisen nimmt man an, daß Dr. Albert bis Dienstag mittag mit der Bildung der Regierung fertig ist und noch im Laufe dieser Woche vor den Reichstag tritt.

## Die verschiedenen Ruhrabkommen.

Das Ruhrprovisorium wird im Laufe dieser Woche durch Sonderabkommen mit den einzelnen Sechen ergänzt werden. Außerdem steht die Erneuerung der Verträge bevor, die eine Reihe von Werken, n. a. Becker, Krupp, Phönix, schon früher mit der Kontrollkommission abgeschlossen hatte. Diese Verträge sind bereits Mitte November abgelaufen. Da sie eine Klausel enthalten, nach der alle Vergünstigungen des Ruhrprovisoriums automatisch auch für sie gelten, ist mit einem schnellen Abschluß zu rechnen.

Von besonderer Wichtigkeit sind die bevorstehenden Verhandlungen über die Regelung des Verkehrs im Ruhrgebiet, weil eine allgemeine Arbeitsaufnahme im Bergbau nur durch eine normale Abfuhr gewährleistet wird. Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig und wurden in voriger Woche, aber lediglich wegen Rückfragen technischer Natur, vertagt. Nachdem nun das Ruhrprovisorium vorliegt, dem die rheinisch-westfälische Schwerindustrie am Sonntag in einer Versammlung in Hamm zugestimmt hat, ist mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen am Mittwoch, dem 28. November, zu rechnen.

## Gegen Loslösung des Rheinlands.

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, Landtagsabgeordneten und Bezirksvorstände der Partei und der Gewerkschaften des besetzten Gebietes waren am Montag in Berlin versammelt, um über die Rheinlandfrage zu beraten. Reichstagsabg. Meerfeld berichtete über die bisherigen Verhandlungen zwischen den deutschen Parteien und Wirtschaftsvertretern, ferner über die Verhandlungen des in Hagen mit Billigung der Regierungen des Reiches und Preußens gewählten Fünfzehnerausschusses mit dem Chef der Rheinlandkommission, Herrn Girard. Die von französischer Seite gemachten Vorschläge, die einen aus dem Reichsverbande ganz oder nahezu losgelösten Rheinland mit französischem Einschlag fordern, wurde von der Versammlung einmütig als unannehmbar bezeichnet. Eingehend wurde über den aus deutschen Kreisen gekommenen Vorschlag, diskutiert, ein Direktorium mit einem Verwaltungsausschuß für das besetzte Gebiet zu schaffen, auf welche Körperschaften die Hoheitsrechte des Reiches und der Länder im wesentlichen übertragen werden sollen. Gegen eine Beteiligung an dem Direktorium wurden allgemein schwere Bedenken geltend gemacht. Darüber, ob es zweckmäßig sei, sich an dem Ausschuß zu beteiligen, gingen die Meinungen auseinander. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der die Beteiligung an dem Ausschuß von den Befugnissen abhängig macht, die ihm allgemein und gegenüber dem geplanten Direktorium gewährt werden sollen. Einhellig war die Versammlung in dem Willen, den französischen Loslösungsbestrebungen mit der bisherigen Fähigkeit zu widerstehen.

## Deutschnationale Steuersehen.

Das Gelingen jeder Währungsform und die Schaffung werthehaltiger Zahlungsmittel hängt von der Sanierung der Reichsfinanzen ab. Diese ist nur zu erreichen, wenn mit dem Abbau überflüssiger Ausgaben die Einnahmen des Reiches stark

vermehrt werden; ohne erhebliche Anspannung der Steuerkrawatte ist das unmöglich. Das Reichsfinanzministerium bereitet deshalb eine Reihe neuer Steuern vor. Aber noch bevor diese Pläne in die Öffentlichkeit gekommen sind, laufen die Deutschnationalen als Schützer des Geldbeutels der Agrarier heftig gegen diese Absicht Sturm!

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, die behauptet, daß die Belastung der Landwirtschaft durch die bisherigen Steuern heute schon ihre Leistungsfähigkeit übersteige. Sie droht mit dem Uebergang der Landwirtschaft zum ersten Betrieb, d. h. der Verminderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, und fordert die Reichsregierung auf, den „Ueberbelastungen der Landwirtschaft“ mit Steuer vorzubeugen und auch gegen die Länder einzuschreiten, die eine Grundsteuer erheben. Gleichzeitig fordert die „Deutsche Tageszeitung“ die Neubefugung des Ernährungsministeriums mit dem deutschnationalen Landtagsabgeordneten Schlange, der ein grimmiger Gegner jeder Steuerleistung der Landwirtschaft ist, und sie verlangt diktatorische Vollmachten für ihn, auch gegenüber dem Finanzminister und dem Wirtschaftsminister.

Dieses Vorgehen der Deutschnationalen läßt keinen Zweifel daran, daß sie auch jetzt angesichts der furchtbaren Not des Reiches und der gesamten Bevölkerung keine andere Aufgabe kennen, als die wenigen hundert Großagrarien vor jeder steuerlichen Belastung zu schützen. Diesem egoistischen Treiben opfern sie das Schicksal des ganzen deutschen Volkes. So sieht die „Volksgemeinschaft“ aus, die angeblich die Deutschnationalen erstreben.

## Abtransport der Reichswehr aus Sachsen.

Die von uns vor wenigen Tagen verbreitete Nachricht von dem Abtransport der in Sachsen befindlichen Reichswehrverstärkungen bestätigt sich. Wie uns mitgeteilt wird, soll der Abtransport am 27. November erfolgen und bis zum 28. November abends erledigt sein.

Dresden, den 26. November.

Das Wehrkreiskommando IV hat nunmehr auch die beiden Regierungskommissare Günther in Leipzig und Pätzig in Chemnitz bis auf weiteres ihres Dienstes entzogen mit der Begründung, daß die Namen dieser Herren „noch nachträglich bekannt geworden sind“. Bei mehreren ihres Postens entzogenen höheren Polizeibeamten sind ohne Erfolg Hausdurchsuchungen vorgenommen worden.

## Englandfeindliche Opposition in Indien.

Bombay, 25. November.

Die Parlamentswahlen brachten bisher einen unerwarteten Sieg der Unversöhnlichen (Swaraj). Von 60 bisher bekannten Wahlergebnissen erhielt Swaraj 25 Mandate. Das Parlament wird aus 86 gewählten und 25 ernannten Mitgliedern bestehen. Davon wird Swaraj mit den anderen kleinen oppositionellen Gruppen einen Oppositionsblock von 40 Mitgliedern bilden können. In der Stadt Bombay wurden 2 Oppositionelle und 1 Liberaler (der Regierung nahegehend) gewählt. In Bengalen ist der Führer der Regierungspartei Dr. Das dem Swarajkandidaten Satcomipati Roy unterlegen.

## Der Gündenbod.

### Hege gegen den Reichspräsidenten.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Fraktion, der sich noch am Sonntag ohne Erfolg als Reichkanzler anbot, hat inzwischen, wie es zu erwarten war, die deutschnationale Presse gegen den Reichspräsidenten mobil gemacht. Er läßt Beschwerde darüber führen, daß das parlamentarische Prinzip nicht innegehalten und er mit der Kabinettsbildung beauftragt wurde, nachdem die Mission Kardorffs gescheitert war. Die Gegner des Parlamentarismus berufen sich also auch diesmal wieder auf eine sonst von ihnen angeführte Regel, weil sie Gefallen daran finden und sich einbilden, dabei taktisch und politisch gut zu fahren.

Wir hätten an sich nicht das geringste dagegen einzuwenden gehabt, wenn der Reichspräsident Herrn Hergt mit der Bildung der Regierung beauftragt und ihn vor der Öffentlichkeit als Hüter parlamentarischer Gepflogenheiten gekennzeichnet hätte. Aber was hätte das genützt? Praktisch wäre nach dem Verhalten der bürgerlichen Parteien bis zum heutigen Tage nichts dabei herausgekommen. Das Zentrum lehnt eine Reichsregierung unter deutschnationaler Führung jetzt noch ab. Auch die Demokraten denken bis zum Augenblick nicht daran, sich an einem Bürgerblock zu beteiligen oder ihn zu unterstützen und die Deutsche Volkspartei ist sich ebenfalls uneinig darüber, ob eine Regierung der Rechten aus innen- und außenpolitischen Gründen überhaupt gebildet werden kann. Gemeinsam aber vertreten diese Parteien immer noch festes die Auffassung, daß schnell gehandelt und die Bildung einer Regierung sobald als möglich vorgenommen werden soll. Das Gegenteil aber wäre eingetreten, wenn der Reichspräsident Herrn Hergt beauftragt hätte, sich den Korb bei den einzelnen in Frage kommenden Parteien persönlich zu holen. Denn darauf mußte sein Versuch, ein Kabinett zustande zu bringen, hinauslaufen, nachdem für ihn nur ein Bürgerblock in Frage kam, während alle hierzu notwendigen bürgerlichen Parteien u. a. eine Beteiligung nicht nur gegenüber dem Reichspräsidenten, sondern auch in Verhandlungen unter sich abgelehnt hätten. Praktisch könnte also die Erteilung eines Auftrages an Herrn Hergt lediglich zu einer sinnlosen Zeitvergeudung führen. Darauf hat der Reichspräsident verzichtet und wir sind der Auffassung, daß er infolgedessen den Wünschen der bürgerlichen Mittelparteien gerecht geworden ist, die aus nationalen Gründen eine schnelle Bildung der Regierung immer wieder forderten.

Wenn sich trotzdem heute auch die Volkspartei und das Zentrum hinstellen und nach der Erteilung eines Auftrages zur Kabinettsbildung an den früheren Reichsfinanzminister Albert erklären, daß die Feststellung des Reichspräsidenten von der Unmöglichkeit der Bildung einer Koalitionsregierung auf parlamentarischer Grundlage im gegenwärtigen Augenblick nicht ganz zureichend ist, weil bisher alle parlamentarischen Möglichkeiten nicht erschöpft worden sind, dann bedeutet das nichts anderes als eine Spiegelfechterei. Wie vereinbart sich diese Haltung mit dem äußerlichen Drängen nach einer schnellen Lösung der Krise? Entweder stellt man diese Forderung auf und handelt danach oder aber man tritt dafür ein, daß Herr Hergt zunächst aus taktischen Gründen beauftragt wird, aber erpart sich dann die nationalen Pyralen. Beides auf einmal ist ein Ding der Unmöglichkeit!

Offen gestanden können auch wir keinen Gefallen an Herrn Albert als künftigen Kanzler finden. Seine Persönlichkeit spricht nicht dafür, daß er der richtige Mann am richtigen Platze wäre. Das ist um so mehr zu befürchten, als Albert Nichtparlamentarier ist und sehr bald dem parlamentarischen Intrigenspiel erliegen dürfte. Aber wir denken nicht daran, hierfür den Reichspräsidenten verantwortlich zu machen, obwohl wir dazu vielleicht mehr Recht hätten als jede Partei der bürgerlichen Mitte. Ihnen war nicht nur Gelegenheit geboten, selbst den Kanzler zu stellen, sondern sie haben auch noch infolge ihrer geistigen Verfassung und Inkonsequenz die Bildung einer Reichsregierung vorläufig unmöglich gemacht. Denn bekanntlich hat der Reichspräsident, bevor er an Dr. Albert den Auftrag erteilte, mit dem Demokraten Geßler, dem Zentrumsmann Brauns und dem Volksparteiler Jarres verhandelt, die sämtlich die Uebernahme des Kanzleramtes ablehnten und dadurch den Reichspräsidenten geradezu in der Auffassung bestärkten, daß im Ernst die Bildung einer Koalitionsregierung im Augenblick unmöglich ist. Die Arbeitsgemeinschaft hatte schon deshalb allen Anlaß, den Gündenbod in ihren eigenen Reihen zu suchen. Gewiß ist der Reichspräsident der Verantwortliche für die Berufung Alberts, der eigentliche Vater dieser Kandidatur aber bleibt die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, deren Parteien bisher jede Lösung der Krise auf parlamentarischem Boden verhinderten, sich gegen ein überparteiliches Kabinett wandten und schließlich auch Gegner einer Reichstagsauflösung waren. In diesem Durcheinander mußte der Reichspräsident als verantwortlicher Mann handeln wie er gehandelt hat.

Dollar 4,2 Billionen.

1 Goldmfl. 1 Billion, 1 Goldpf. 10 Milliarden.



# Die deutschen Kommunisten am Gängelband.

Wiederholt sind Beweise dafür erbracht worden, daß die deutsche kommunistische Partei nichts anderes ist als ein von Moskau in jeder Hinsicht finanziertes Gebilde. Nicht nur das Geld zur Aufrechterhaltung der kommunistischen Organisationen kommt von dort, sondern auch die notwendigen Anordnungen über Aktionen u. dgl. werden von Moskau ausgereicht. Der „Soz. Parlaments-Dienst“ ist erneut in der Lage, auch den Nachweis dafür zu liefern, daß nicht nur die letzten kommunistischen Redaktionen im Reichsland auf Anordnung Nardes, sondern auch die kommunistischen Vorbereitungsgänge zu einer bewaffneten Unterwerfung von ihm bezug, dem Moskauer Exekutivkomitee ausgehen. Nabel hält sich zurzeit unter einem Decknamen mit anderen kommunistischen Delegierten der Moskauer Exekutive ohne Aufenthalt in Deutschland auf. Er hat am 18. November einen Brief an die Bezirksleitung der Berliner Organisation der KPD. gerichtet, aus dem sich der unheilvolle Einfluß der Moskauer Ratschewitschen auf die deutschen Kommunisten ergibt. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Meine Genossen!

Die Delegation des C. K. hat mich beauftragt, Euch mitzuteilen, daß sie mit Heftigkeit die Unfähigkeit der Berliner Organisation verurteilt. Die Berliner Organisation hat nicht nur für verächtlich erklärt, daß die KPD Ende Oktober dem Komintern ein Kämpfprogramm ausgereicht hat, die Vertreter der Berliner Organisation haben nach am 10. 11. vorgeschlagen, daß am 13. 11. der bewaffnete Aufstand proklamiert wird, und obwohl Ihr dadurch befördert, daß Ihr die revolutionäre Energie der Massen in Euch seht, kann die Berliner Organisation nicht zur verlässlichen Aktivität angetrieben werden. Am 9. November keine Demonstration, am 18. auch keine, obwohl sie beschlossene wurde. Euer Vertreter im Korb (Exekutive, D. Red.) wagt es nicht gegen die Politik der Demonstrationen, aber er läßt sich überzeuhen und stimmt für das Ziel der Zentrale, das die Demonstrationen als wichtigste Mittel des Kampfes für die nächsten Wochen ansieht. Aber es versteht sich, daß die Berliner Organisation, die den Aufstand vorbereiten will, ist nicht imstande, die Demonstrationen wirkend zu bringen. Ja, ja, es ist ein schlechtes Mittel, wie das Gerüchterspiel der Aufstände in Kinos und Theatern, die für uns von größter Bedeutung sind, weil wir aus der Öffentlichkeit verschwinden, werden von Euch trotz allem Drängen nicht in Anwendung gebracht.

Nachdem Sachien aufgeführt hat, als Voraussetzungen für die Aktion zu dienen, ist es Berlin. Durch die Unfähigkeit, die Berliner Organisation im Kampf zu bringen, laßt Ihr auf Euch die Verantwortung für die Unfähigkeit der Gesamtorganisation. Heute am 20. 11. tritt der Reichstag zusammen, der die Diktatur der stalinistischen Politik und die Politik des Scheiterns demonstriert. Das Scheitern der Berliner Parteiorganisation in diesem Moment des C. K. ist folgendes:

1. Die Reichstagsaktion der KPD hat in der ersten Sitzung des Reichstages eine solche Stellung angenommen, daß sie mit Gewalt aus der Sitzung entfernt wird.
2. Die Berliner Organisation der KPD hat Donnerstag gegen den Abend die Berliner Parteigenossen und insbesondere große Teile der Arbeiterklasse zur Demonstration im Zentrum der Stadt (nicht nur dem Reichstag) anzuregeln versucht, was unter dem Namen: „Wider die Regierung Streikern, wieder die Diktatur Zerst. es lebe die proletarische Diktatur.“
3. Die Zentrale hat Maßnahmen zu treffen zur Organisation großer Massen Demonstrationen unter der Losung: Arbeit, Brot, Freiheit, Hilfe den Arbeitern und Arbeiterinnen!

Diese Vorwürfe müssen beantwortet werden. Die Delegation des C. K. fordert die Überwindung aller Hindernisse. Die Partei muß aus der Unfähigkeit heraus.

A. A. der Delegation des C. K. (Exekutivkomitee) Karl Nabel.

Mit Würden uns nicht mindern, wenn auch dieses Schreiben wieder als Manifestation von den deutschen Kommunisten gegen die ihnen nahestehenden politischen Kreise in Berlin bezeichnet würde. Wir erklären deshalb schon jetzt, daß wir im Bedarfsfälle noch weiteres Material zum Behalten haben können und nicht nur durch die Veröffentlichung eines Briefes von Karl Nabel an Einem als Antwort auf das Schreiben Nabels, sondern auch durch andere Leistungen den Nachweis für die Richtigkeit des Briefes von Nabel zu erbringen vermögen.

## Stinnes schenkt Petroleum.

Ueber die Erwerbung von Petroleumfeldern in den Vereinigten Staaten durch die Firma Stinnes erfahren wir nach dem Hugo Stinnes in New York mit einem Kapital von 20 Millionen Dollar eine Nationalgesellschaft gegründet hat, die Rohpetroleum auf der ganzen Welt erwählen soll. Nach einer

## Mein Hund und ich.

Von Bruno S. Bärzel.

„Ich habe auch überschrieben können „Ich und mein Hund“, aber ich meine, daß zwei Rollen nicht der dankbarste Preis genannt werden. Du aber, Schnapsli, bist auf alle Fälle der anständigste von uns beiden. Freilich, du hast es leicht, anständig zu sein, denn du bist kein Mensch. Wenn Nero, König der Straußhühner, der finstere Kaiser von Spanien und ähnliche Bluffstücke der neueren und neueren Zeit Hunde gewesen wären, wäre der Menschheit wehler.

Da bist du nun, Schnapsli, und läufst mit deinen braunen Augen so freudig zu mir herüber. Wenn du wüßtest, daß ich hier öffentlich über dich spreche! Hast du nicht mit wie eine Untertane dir gegenüber, wie eine Hintersinnde? Es ist ein Gefährd in deine ureigenen Rechte. Aber so ist der Mensch! Mit welcher Selbstverständlichkeit verurteilt er über das Tier, er, der doch selbst nur ein hochentwickeltes Tier ist und doch dazu eins, das seine Laienverständnisse, „höhere Intelligenz“ hat allem von jeder dazu verwendet hat, mit ausgefälschter Bosheit, Falschheit, Habgier, Selbstsucht seine Mitmenschen zu knechten und zu knechten. Wie viele von ihnen, Schnapsli, tun denn das Gute, weil es gut ist, und wie viele unterlassen das Böse nur, weil es erwidert und bestraft werden könnte? Aber, trotzdem ließen sie nicht einen von deiner Rasse, der wimmert mit halbwegs-faherren Beinen entlang ruhig liegen. „Ja ja, nur ein Hund!“

Ja, wenn man alt wird, Schnapsli, wird man ein Philosoph und entgegnet tugendhaft. Das war früher, als wir noch beide jung waren, positiv anders. Schon war nicht so unglücklich darüber. Darf ich dich daran erinnern, daß du dich nachteilig herumgerieben hast vor der schönen Billa, in der das vornehme Hundestoppelchen wohnt, das so unerschütterlich und engelstreu gefestigt dastehen konnte, und doch einen ganzen Tag von Hochhühner habe? Man erzählt sich die tollsten Dinge in Menschen- und Hundestellen. Da lagst du ganze Nächte da, hastest vor Mut, daß sie es mit dem Refektorium des Herrn Künftigen Geistes sind und taum auf den feinen Terrier achtete. Müde, angehängelt mit schweren Vorhängen kamst du am nächsten Morgen und seufzten über das Trägertische in Frauenhergen. — Du kannst ... ich weiß! Neben mir nicht darüber! Wer hätte dergleichen

anderen Meinung hat die neue Gesellschaft bereits Felder in Kurland, Mexiko und Texas erworben. Das Abkommen mit der Sinclair-Gesellschaft bezweckt die Ausbeutung von Quellen an der westlichen Küste (Humboldt). Die Expedition der Firma Stinnes steht im schlimmsten Konflikt zu der Politik, die Herr Stinnes in der chemisch-technischen Industrie verfolgt, wo er, angeblich wegen Kapitalmangels, Massenküchlichkeiten vorzuziehen und 30 Prozent der Arbeiterkraft als zu viel bezeichnet.

## Aufhebung des sozialdemokratischen Zensurverbots.

Unter merkwürdigen Bedingungen.

SPD. München, 26. November. (Eig. Draht.)

Der Generalstaatskommissar hat mit sofortiger Wirkung seine Anordnung vom 11. November betr. das Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen im rechtsrheinischen Bayern aufgehoben. Die ausführenden Behörden, also in München und in Nürnberg die Polizeidirektionen und im übrigen die Kreisregierungen, werden ermächtigt, diesen Zeitungen die Erlaubnis zum Wiedererscheinen unter bestimmten Auflagen zu erteilen.

Es ist selbstverständlich, daß Herr v. Rahe sein Verbot nicht ganz freiwillig zurückgezogen, sondern einem Druck nachgegeben hat, der von den verschiedensten Seiten auf ihn ausgeübt worden ist. Hierzu darf man auch ein persönliches Eingreifen des Ministerpräsidenten v. Rullig rechnen, das gegen Ende der vorigen Woche erfolgt ist. Herr v. Rahe hat zunächst also nachgegeben, nicht aber ohne Garantien zu nehmen, über deren Charakter man schon einen Vorgeschmack gewinnen konnte aus den Verhandlungen, die der Verlag der „Münchener Post“ in der letzten Woche mit dem Generalstaatskommissariat geführt hat. Die von der „Münchener Post“ verlangten Garantien ergeben sich aus folgendem Schreiben der Münchener Polizeidirektion an den Verlag: „Die „Münchener Post“ darf das erste Mal am 27. November wieder erscheinen unter folgenden Bedingungen: 1. Sie darf keinerlei Veröffentlichungen bringen, die geeignet sind, die Bevölkerung aufzuheizen; 2. als Sicherheit für die Einhaltung der unter 1. genannten Bedingungen hat der Verlag der „Münchener Post“ die Summe von 500 Goldmark in wertbeständigen Geld bis längstens 27. November, vorm. 11 Uhr, bei der Abteilung VI der Polizeidirektion München zu hinterlegen. Diese Sicherheit kann von der Polizeidirektion München ganz oder teilweise als dem Staat verfallen erklärt werden, wenn die unter 1. genannte Bedingung nicht eingehalten wird. 3. Die Befugnis, eine Zeitung oder Zeitschrift auf bestimmte oder unbestimmte Zeit zu verbieten, wird dadurch nicht beseitigt, daß wegen der Veröffentlichung bereits eine Verfallerklärung ausgesprochen worden ist. 4. Der Verlag der „Münchener Post“ ist verpflichtet, bis auf weiteres jeweils zwei Stunden vor Beginn der Verbreitung ein Exemplar der „Münchener Post“ der Polizeidirektion München vorzulegen.“

Ob unter diesen Garantien das Erscheinen der „Münchener Post“ möglich ist, steht im Augenblick noch nicht fest. Abgesehen davon, daß die Erfüllung der rein materiellen Seite dieser Forderung den Verlag vor ganz außerordentlichen Schwierigkeiten stellt, muß man doch fragen, ob es vom grundsätzlichen Standpunkt einer Zeitung aus möglich ist, sich derart entwürdigenden Bedingungen zu unterwerfen. Die bezüglichen Organisationen der Münchener Zeitungsverleger und der Journalisten (Vandensverband der bayerischen Presse) hat sich am Montagabend in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vorzeichen des Generalstaatskommissars befaßt, das für die gesamte deutsche Presse einer empfindenden Beleidigung gleichkommt.

SPD. München, 26. November.

Der Münchener Rechtsanwalt Buddeley, der seit langem in der rechtstabilen Bewegung eine Rolle als Agitator spielt, ist beim Besuch der Grenzüberzeugung nach Defertreich verhaftet worden. Buddeley hatte nach dem Nützlichwerden des Hitler-Büchchens in Innsbruck und anderen österreichischen Städten Plakate anhängen lassen, in denen er für eine aktive Unterstützung der Hitler-Aktion eintrat. Diese Agitation sollte er nunmehr durch persönliche Vorträge in Versammlungen in Defertreich fortsetzen.

Das Erlösblatt des Kampfbundes „Der Oberbayer“ ist zum- macht, nachdem die drei Nummern der vergangenen Woche im einzelnen Beschlagnahme worden waren, auf Anordnung des Generalstaatskommissars einem generellen Verbot verfallen.

## „Oberbayerischer“ Kampf gegen Raht.

SPD. München, 24. November.

Die klüchtigen Führer des verbotenen und ausgelassenen Kampfbundes haben in dem in Ebersberg bei München verlegten Blatt „Der Oberbayer“ Unterstützung für ihre völkische Propaganda gefunden. Während in der ersten Woche nach dem Aufbruch das Blatt nur in ziemlich verfallener Form die Hitler-Ludendorff-Aktion verteidigte, führten die am Montag, Mittwoch und Freitag erschienenen Doppelnummern einen geradezu leidenschaftlichen Kampf gegen Raht und seinen „Verrat“. Aus dem Stil all der Artikel und aus der ganzen Aufmachung dieses Blattes, das für den Volkstier eine unerschöpfbare und nicht entbehrliche Fundgrube zur Beurteilung der Vorgänge um den 8. November herum bildet, erhält man die Gewißheit, daß der jetzige „Oberbayer“ nichts anderes ist, als eine Fortsetzung des verbotenen Kampfbund-Organs „Heimatsland“. In den Straßen Münchens findet das Blatt einen starken Absatz, wenigstens in den ersten Tagen der Woche. Inzwischen ist die Polizei hinter jeder Nummer her, um sie zu beschlagnahmen, nachdem bis zur Stunde ein generelles Verbot des Blattes noch nicht ausgesprochen ist. Abgesehen von der persönlichen Verhaftung Rahts und Ludendorffs handelt es sich bei den Artikeln des Blattes um eine sachliche Richtigstellung der Behauptungen, mit denen Raht seine Haltung verteidigt, und sie als Lüge und Unwahrheit gekennzeichnet werden. In der Spitze der Doppelnummer vom Freitag-Sonnabend bringt das Blatt folgende sensationelle Feststellungen: „Herr von Raht ließ durch die Presse erklären, er habe Hitler und Ludendorff nur unter dem Zwang der Pistole sein Ehrenwort gegeben. Dem widerspricht aber folgende authentische Tatsache: Am Donnerstag, nachts um 11 Uhr, also nach der „Mistolen- komödie“ im Bürgerbräukeller, als Herr v. Raht wieder seine vollständige Entscheidungsfreiheit hatte, besuchte ihn Pöchner zusammen mit Oberamtmann Friede im Generalstaatskommissariat. Dabei erklärte ihm Herr v. Raht, es freue ihn, daß die Sache so gegangen sei, alles, was zwischen ihnen gestanden, sei nun beseitigt und sie würden in Zukunft vertrauensvoll zusammenarbeiten. Bei dieser Gelegenheit verpflichtete Herr v. Raht den Oberamtmann Friede zum Polizeipräsidenten von München. Diese Tatsache ist protokolliert niedergelegt, an ihr also nicht zu rütteln. Vielleicht verhält das Verhalten Rahts dadurch einigermassen Licht, daß unmittelbar vor dem Besuch Pöchners und Friedes der Kultusminister Rast bei Herrn v. Raht vorbrach.“

Man darf gespannt sein, auf welche Weise Herr v. Raht sich gegen diese gefühlvolle Untergrabung seiner Autorität wenden wird. Ob das Generalstaatskommissariat glaubt, mit der bloßen Unterdrückung des Blattes seine Ehre retten zu können, ist eine Angelegenheit, um die wir uns nicht zu kümmern haben. In der letzten Montag-Nummer des Blattes wird übrigens dem bayerischen Triumpvirat folgender Rat erteilt: „Rücktritt der Herren v. Raht, v. Lossow und v. Seiger. Verzicht des Ersten, sich führend in die nationale Bewegung zu stellen, Sühne der beiden Lehteren, sei es durch Freitod oder durch Ablieferung ihres Degens.“ Die jetzigen Herren vom „Oberbayer“ waren nicht immer schlechte Propheten; immerhin werden sie sich bis zur Erfüllung ihres jetzigen Wunsches wohl noch einige Zeit gebüden müssen.

## Der beleidigte Faulhaber.

München, 26. November. (Eig. Drahtber.)

Die Völkischen um Hitler-Ludendorff und die Herrschelsten der Münchener Käsepublik mußten schon so viele Vergleiche miteinander aushalten, daß es schwer hält zu entscheiden, wer von beiden besser wegkommen ist. Den neuesten Vergleich stellt der bekannte mittelschadisch-monarchistisch gekünnte Münchener Erzbischof und Kardinal Faulhaber an, der bei einer Kirchenversammlung am Sonntag vor den Kanzel herab u.ä. folgendes sagte: „In den letzten Wochen sind auf Euren Bischof Beleidigungen und Verleumdungen gemorrt worden. Nach niemals ist eine solche Lügenstut dagewesen. In der Zeit der Käsepublik bin ich oft mehrmals am Tage an Rotgardisten vorbeigegangen, dabei aber niemals in solcher Weise angebeißelt worden wie zuletzt auf meinen Wegen. Die Studenten haben vom Heiligen Vater Lebensmittel bekommen und angenommen und heute gehen sie zwecks Sammeltätigen in die katholischen Bierdröcker hinaus. Das dabei zu gleicher Zeit in der Universität eine heftige Sprache geführt wird gegen den Papst, das wird Schmach und Schande bleiben für alle Zeiten.“

die uns ernstlich erzürnte, und über die wir uns ja Gott sei Dank doch im Laufe der Jahre geeinigt haben. Auch für die Sterne hast du wenig Interesse und mußt mich in dieser Hinsicht etwas geistesgestört halten. Es ist Auffassungssache, Schnapsli! Du hockst den Mond an, und wunderst dich, daß er nicht wieder bebt, ich beglückte ihn stundenlang mit einem Ding, das dir als Feiertage erscheinen mag, und aus deinem Rittren darüber muß ich entnehmen, daß du das mit ziemlich blödsinnig hältst, denn es kommt wenig dabei heraus. Ich hätte Fleischer lernen sollen; das wäre für dich und für mich vorteilhafter gewesen. Es läßt sich mit Bezahlwerken noch immer ein besseres Geschäft machen als mit der Psychologie, und wenn dir die Bezahlwerke lieber sind als alle Abhandlungen über die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde, so unterzeichnest du dich in diesem Punkte in keiner Weise von den Menschen.

Zwei Wägen Schnapsli, betrachte dich als meine Feinde: Kinder und Fliegen. Die Kinder, weil sie unerbittlich sind, und man nicht wissen kann, ob sie streikend wollen oder mit der Karte nach einem Kaffeehaus, und die Fliegen, weil sie als gebotene Störenfriede eine Plage werden, der schwer zu kommen ist. Wie recht hast du doch in deiner inkonstanten Abneigung! Die heutige Jugend hat ja nicht einmal vor den Menschen Respekt, wie sollte sie es vor einem Tier haben. Was aber die Fliegen anbetrifft, die gibt es verlei in Menschenleben in Menge. Schmeißfliegen, die auch in die verflüchtigen Behälter hineinströmen wollen, in jeden Anard ihre Nase betreiben müssen, Zudringlinge überflutet. Man muß den Menschen aus dem Wege gehen. Schnapsli, wenn man nicht erleben will, daß unterjenseits die Gerte heruntergehangen wird, und ich besser immer wieder, daß du diese Weltigkeit länger in dich aufnimmest. Schopenhauer der große Philosoph hatte seinen vierbeinigen Freund und seiner Klugheit „Mensch“ genannt, diesen Namen aber später als eine Beleidigung des Hundes wieder zurückgezogen. Aber man darf nicht ungerecht sein. Es gibt auch gute Menschen. Ein anderer Philosoph, Diogenes, suchte sie am hellen Tage mit der Laterne.

Wir können ja nicht alle Hunde sein, Schnapsli; wir können nicht alle soviel Treue, Anhänglichkeit, Ehrlichkeit, natürliche Einfachheit besitzen wie du und deinergleichen. Es muß auch Menschen geben, denn sonst wäre ja die Erde schon das Paradies. Aber davon verleißt du nichts, du kleiner weißer Feind, und ich lese, daß du über meine Betrachtungen sanft entschummest bist. Da will ich still sein, um dich nicht zu weiden.



Die Geldgeber der rheinischen Putzschiffen.

SP. Köln, 25. November. (Eig. Draht.)

Die „Rheinische Zeitung“ veröffentlicht Material über die Geldquellen der rheinischen Putzschiffen.

Der Verbandsmitglied zur Rheinisch-republikanischen Volkspartei des Herrn Joseph Smeeys, der sich von der separatistischen Bewegung zurückgezogen hat und jetzt mit Hilfe zahlreicher französischer Franken in Lothringen lebt, war der Zirkelgenosse Albert Widert, Direktor der „Cartiere de la Esjel“ in Hillesheim in der Esjel. Besitzer der Hillesheimer Steinbrüche, die der Leitung des Herrn Widert unterstellt sind, ist der Senator Molval in Paris, der dort großen Einfluss hat und unmittelbare Beziehungen zu französischen Regierungskreisen unterhält.

Als nach dem Attentat auf Smeeys im März 1923 jede Aktion der Rheinisch-republikanischen Volkspartei ruhte, meldeten sich, teilweise von Dörten angeführt, zahlreiche Opponenten, die eine verstärkte separatistische Tätigkeit verlangten.

Matthies, der damals noch im Kölner Hospital lag, wolgerte sich jedoch, diesen Wünschen nachzugeben, weil er alleiniger Dictator der Partei bleiben wollte. Ueber seinen Kopf hinweg fanden im Juli 1923 Konferenzen statt, die mit der Wahl eines neuen Direktoriums endeten. Man hatte aber nicht die Verbindung mit Herrn Widert nicht mehr nötig. Durch Vermittlung des vor und während der Putzschiffen bewegung vielgenannten Herrn Matthes, der auch heute in der sogenannten vorkrieglichen Regierung in Koblenz ist, war es der inzwischen zum Rheinischen Republikanischen Unabhängigkeitsbündnis zusammengeschlossenen Dörten- und Matthesregierung gelungen, einen direkten Weg nach Paris zu finden.

Der neue Helfer war Monsieur Francois Poncelet, Chef de la Mission Francaise G. B., der in der Ludendorffstr. 27 in Düsseldorf ein eigenes amtliches Bureau hatte. Die Finanzquelle des Matthes war schon vor dem großen Putzschiffen Herr Poncelet. Matthes konnte bereits im Sommer 1923 bei zahlreichen französischen Stellen ein- und ausgehen. Er wurde bald der Mittelpunkt eines sich langsam vorbereitenden Putzschiffens und begann mit den Geldern Poncelet in großzügiger Weise die Organisation der Partei.

Die sogenannte Verfassung steht die Wahl einer Ständevertretung (Senatoren) zu einem Rheinischen Senat vor, der den Staatskanzler, den Staatsminister und den Staatspräsidenten wählen soll.

Schnod.

Ein niederländisches Gemälde von Friedrich Hebbel.

„Ja, jeufa' ich, die Welt ist ein Jammerthal, man muß sich wundern, daß man bei all dem Elend doch über die Bierzig hinauskommt.“

„Leute, wie Ihr“ entgegnet er, „könntens wohl aushalten; denn, wie das Schicksal auch sei, ist's nur ins Trockene gebracht. So gibt's Miß und Wolle, aber unzerstört.“

„Nichts ist mir verdräuelicher, als wenn man sich für einen Glückspilz hält, für ein Sonntagsgeld, denn jeder Wind in die Segel weht; unmutig irrt der Mensch, bis er die Fierde der Frage wer und was er denn sei.“

„Auf Kammerjäger hab' ich von jeher wenig gehalten, zumal auf solche, die, wenn sie einem anständigen Bürger begegnet, statt die Augen heimlich niederzuschlagen, ihn frech anstieren und wohl gar grinsen, ja, einen Diskurs anzuhängen.“

„Nur, was hast du zu meinem Wort?“ fragt er dann „Sanftmütig ist's wohl nicht,“ erwiederte ich, „aber verträglich hat's auch am liebsten nicht, und das ist doch auch für etwas auszusagen.“

„Marr!“ rief ich ihm gern noch geantwortet, „versuch's erst einmal, wie ich, dreißigjährigen Jahre, denn reich' elende Wige!“

Staatsmilitär festgelegt, die den Saß der zu gründenden Rheinischen Republik in der Luft, auf dem Lande und dem Wasser zu übernehmen hat. Im übrigen verlangt die Verfassung Aufhebung der Wachenhäuser und Genossenschaften, und Auslieferung aller öffentlichen und kommunalen Bauten von Privatarchitekten und Bauunternehmern.

Am interessantesten ist der vom 29. September 1923 datierte Entwurf für die vorgesehene Ständeverfassung. Darin wird die Ausweisung sämtlicher Beamten, deren Großväter nicht schon im Rheinland geboren waren, verlangt.

Der Thüringer Zustand.

Ein Bild vom militärischen Ausnahmezustand in Thüringen gibt eine Denkschrift, in der das thüringische Staatsministerium dem Landtag allenmöglich das wesentliche Material unterbreitet.

Im übrigen bietet die Denkschrift auch sonst reiches Material zur Beurteilung der Zustände, wie sie sich unter dem militärischen Ausnahmezustand und nach dem Einmarsch der Reichswehr in Thüringen herausgebildet haben, und des Verhältnisses zwischen verfassungsmäßiger Landesgewalt und immer schärfer eingreifender Militärmacht.

Devisen-Kurse.

Table with 2 columns: City and Exchange Rate. Includes Amsterdam, Brüssel, Kristiania, Kopenhagen, Stockholm, Helsingfors, Rom, London, Neuyork, Paris, Zürich, Madrid, Wien, Prag, Budapest.

Personen: Behörden des Reiches und des Landes zu folgen. habe den vollen Erfolg, daß selbst beim unerwarteten Einmarsch der Reichswehr in Nordthüringen nicht an der Südgrenze keinerlei bemerkenswerte Zwischenfälle sich ereigneten.

Ueber das Treiben der rechtsradikalen Organisationen an der bayrisch-thüringischen Grenze hat das thüringische Staatsministerium am 31. Oktober beim Reichspräsidenten, beim Reichskanzler und Reichsinnenminister telegraphisch Vorstellungen erhoben.

Am die Uebergriffe auf bairischer Seite haben aber weder die Regierung Strosemann noch den Reichswehrminister Geßler oder General Seidl veranlaßt, die Reichswehr in die wirklich gefährdete Zone Thüringens an der Südgrenze vorzuschieben.

Bermischte Nachrichten.

Jugendliche Lebensmänner. Ein Kaufmannslehrling und ein Banklehrling in München unterhielten trotz ihrer Jugend mit leichtsinnigen Mädchen Liebesverhältnisse.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. F. Peber; für Rechtsrat Rudolf und Hippelstein Hermann Bauer.

einen nicht durch hässliche Dicksitzen strafft, sobald man einmal das Herz ausschütten will? Ja Frage noch einmal, ist's unverschämte?

„Ist Euch das Weich zumuber.“ gibt er zur Antwort. „So schaff's ab, Waise!“ Dabei jagt er den Dampf durch die Pfeife, daß er bald mit seinen kalten Rakenaugen darfst, wie ein Herrmeister, wenn er den Bösen beschwört.“

„Hört, lieber Mann.“ laßt er mit geheimnisvollem Gesicht und greift nach meiner Hand, die ich unglücklichweise aus der Tasche gezogen. „Euch ist zu helfen, nämlich, wenn Ihr Mut habt.“

„Gott im Himmel!“ denk' ich, „besoffen ist der Kerl auch.“ allerdings war's kein Wunder, denn solange er neben mir lag, hais er ununterbrochen geirunken — „noch ein Glas — eben bemerk' ich, daß er sich erklimment läßt — „so laßt's über, dann hat er, im Außer sich sein, nicht anders, gerade so viele Freunde um sich, als Menschen, und das erste, was er ausstößt, ist der Verzweiflungsplan.“

„Gott im Himmel!“ denk' ich, „besoffen ist der Kerl auch.“ allerdings war's kein Wunder, denn solange er neben mir lag, hais er ununterbrochen geirunken — „noch ein Glas — eben bemerk' ich, daß er sich erklimment läßt — „so laßt's über, dann hat er, im Außer sich sein, nicht anders, gerade so viele Freunde um sich, als Menschen, und das erste, was er ausstößt, ist der Verzweiflungsplan.“

Mittag ward er zu meiner Satisfaktion wegen seiner miserablen Hautkrämpfe und wegen Mangels an Raß und aller sonstigen Legitimation, die unsere Polizei mit Recht von Kammerjägern fordert, aus dem Ort gebracht.

„Du kannst mir eine andere Weihnachtstrende machen,“ jagte sie heimtückisch, „dadurch nämlich, daß du mir die kleine Pfeife schenkst, deren du dich in der Werkstatt bedienst.“

„Du kannst mir eine andere Weihnachtstrende machen,“ jagte sie heimtückisch, „dadurch nämlich, daß du mir die kleine Pfeife schenkst, deren du dich in der Werkstatt bedienst.“

„Du kannst mir eine andere Weihnachtstrende machen,“ jagte sie heimtückisch, „dadurch nämlich, daß du mir die kleine Pfeife schenkst, deren du dich in der Werkstatt bedienst.“

„Du kannst mir eine andere Weihnachtstrende machen,“ jagte sie heimtückisch, „dadurch nämlich, daß du mir die kleine Pfeife schenkst, deren du dich in der Werkstatt bedienst.“



**Ämlicher Teil**

Der Senat hat den stellvertretenden Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Nisse **Hilfer Joachim Heinrich Siemers** in Roggensee auf sein Ansuchen aus seinem Amte entlassen und an seiner Stelle den jetzigen Gemeindevorsteher **Heinrich August Kille** in Roggensee zum stellvertretenden Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Nisse ernannt. (8611)

**Das Geleit- und Verordnungsblatt**

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 88 vom 27. November 1923 enthält: (8610)

Künster Nachtrag zur Bekanntmachung über die Gebührenordnung des Wohnungsamtes vom 27. September 1922. — Neuregelung der Fahrgeelder. — Siebenter Nachtrag zu der Verordnung vom 24. Juni 1922 zur Ausführung des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922. — Bekanntmachung, betreffend Änderung der Konzession der Gutlin-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft. — Bekanntmachung, betreffend den Gebühren tarif des Katasteramtes.

**Schulgeldzahlung.**

Das Schulgeld wird künftig monatlich erhoben. Für Oktober und die erste Hälfte des November wird ein Schulgeld nicht mehr erhoben. Für die zweite Hälfte des November und für Dezember d. J. wird es wie folgt festgesetzt:

**Höhere Schulen:** 16.—30. Nov. Dezember für das 1. Kind 2 Goldmark 4 Goldmark  
" 2. " 1 1/2 " 3 " " 3. " 1 " 2 "

**Mittelschulen:** für das 1. Kind 1 Goldmark 2 Goldmark  
" 2. " 1/2 " 1 1/2 " " 3. " 1/2 " 1 "

**Schreienmänner:** 1 Goldmark 2 Goldmark

Das Schulgeld wird in der bisherigen Weise, und zwar Anfang Dezember, in den Schulen erhoben. Maßgebend für die Berechnung der Goldmark ist bei Zahlungen in Papiermark die amtliche Berliner Notierung vom 30. November d. J. Lübeck, den 27. November 1923.

Die Oberschulbehörde.

**Nichtämlicher Teil**

Neuzeitliches österreichisches (Wien) Wert für die baldigen Antritt zwecks Erweiterung (8607)

**8-10 bestens eingearbeitete Emaille-Austräger!!**

Solche leisten Standes bevorzugt. Persönliche Vorführung möglich demnach in Hamburg erfragen, da sein Direktor dort in Ränge anwesend. Bewerbungen unter C 488 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Klappwagen**  
mit Verdeck zu verkaufen.  
Steinacker Weg 47.  
(8619)

**Kinderwagen gegen**  
Blodwagen zu veräußern.  
oder zu verkaufen. (8622)  
Ligowstraße 27a.

Gut erhalt. Sportfahre  
und 2 Paar gute Knaben-  
Sattel für 2 bis 3 Jahre  
zu verkaufen. (8618)  
Hundestraße 90, I.

**1 Handblodwagen**  
gesucht gegen Korn.  
Ang. unt. C 487 an die  
Exp. d. Bl. (8623)

**Wagh. Schieferhunde**  
zu verkaufen. (8609)  
Petersen, Herrnhurg 89

Verloren eine schwarze  
Brieftasche, Inhalt 8  
K. - Dollarscheine, 2  
ganze, 5 1/2 Goldmark-  
scheine sowie circa 10  
Billionen in Geldschei-  
nen. (8623)

**1 Blodwagen**  
10 Jahr. trag. u. taugl.  
gegen Deamentrad odentl.  
auch ohne Veräußerung.  
(8606) Archenstr. 28, I.

Der sprichende Kinder-  
wag. gegen leichtes  
gegen pure Beschränkung  
in der Exp. d. Bl. ab-  
zugeben. (8623)

**Leinwand große Wuppens-  
sche, Güte u. Schlafr-  
hüte mit Einr. gegen  
Wuppensagen. (8608)  
Karpfenstr. 27a.**

Verloren eine schwarze  
Brieftasche, Inhalt 8  
K. - Dollarscheine, 2  
ganze, 5 1/2 Goldmark-  
scheine sowie circa 10  
Billionen in Geldschei-  
nen. (8623)

**Hausschuhe**  
aus alt. Stoff fertigt an  
Fr. Sehrann, Alttenstr. 6  
(8616)

**Ankauf v. Gold- und  
Silber-Besch.**  
Gebisse, einz. Zähne.  
**Willi Westfeling**  
[32] Holtenstr. [32]

**Ehlers & Reetwisch**  
Holtenstr. 1. St. Petri 2-4.  
**Herrn- und  
Damen-Konfektion  
Schuhwaren.**  
Das bekannt reelle Einkaufshaus  
für Arbeiter und jeden Beruf.  
1025a

**Visitenkarten**  
werden in modernster Ausführung angefertigt bei  
**Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 45.**

**In Erinnerung freifrau Lyova**  
ist der Konsument von Lebensmitteln und  
Bedarfsartikeln  
so überverteilt worden  
wie in der gegenwärtigen Zeit.  
Nirgends besteht eine Kontrolle  
über eine gerechte Festsetzung der Preise.  
Nur der Konsumverein,  
als der organisierte Ausdruck der  
Konsumenten, bietet Gewähr für  
**guten Waren u. symmetrischen Preis!**

**Pferde-, Kuh- u. Kroll-  
Haare**  
kaufen höchstzahlend  
**Gebr. Wagner**  
Dankwagsgrube 26,  
Holltenstraße 8. (8608)  
Jemtrecker 3414.

**Inserate  
sind nur  
an unsere  
Geschäftsstelle**  
anzuliefern oder an  
stele zu richten.

**Auktionshaus Brahn**  
Herg. Mittwoch, 10 Uhr  
**Veräußerung v. Möbeln**  
im Armenhaus. (8618)  
Et. Annenstr. 1-3.

**Geschäftsbücher  
Schreibblocks  
Rechnungsblocks  
Quittungsblocks  
Kuverts  
Klebermarken  
Keilnerbonsbücher  
Tinte, rot u. schwarz  
Leim, gute Qualität  
Bleistifte, Kopierstifte  
Federn, Federhalter**  
zu haben in der  
**Buchhandlung  
Lübecker Volksbote.**

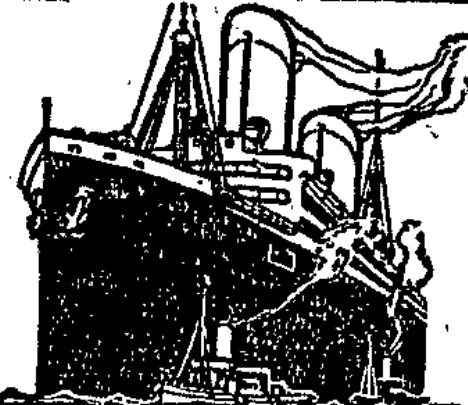
**Der Konsumverein  
ist die  
beste Selbsthilfe  
der Verbraucher!**

**28500**  
Mitglieder der freien Gewerk-  
schaften, der freigewerkschaftlichen  
Angestellten-Verbände und der Ge-  
werkschaften der Beamten in Lübeck  
**lesen den**  
Lübecker Volksboten als offizielles  
Publikationsorgan des A.D.G.,  
der Afa und des Allg. Deutschen  
Beamtenbundes. Wer erfolgreich  
inzerieren will, benutze daher den  
**„Lübecker  
Volksboten“**

**Wir empfehlen:**  
**Ia. mitteldeutsche  
Braunkohlen-  
Briketts**  
zum Preise von 2 Goldmark.  
(8605)  
**Meyer & Burmeister**  
Hundestraße 76. Telefon 1750.

**Wo??**  
laufen Sie gut, reell und billig  
**Stoffe**  
für Herren- und Damenbekleidung in allen  
Qualitäten, vom einfachsten Buckskin bis  
zum edelsten Kammgarn? (8615)  
**Stur**  
in **N. Honigs Tuchlager, Huxstr. 113.**

**Beitragsmarken**  
für Vereine und  
Gewerkschaften  
fertigt an und liefert prompt, preis-  
wert und in jeder Ausführung  
**Handdruckerei Friedr. Meyer & Co**

**BREMEN**  
  
**AMERIKA  
OSTASIEN  
AUSTRALIEN**  
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit  
eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unter-  
bringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen  
**Reisegepäck-Versicherung**  
Nähere Auskunft durch  
**NORDDEUTSCHER  
LLOYD**  
+ BREMEN +  
und seine Vertretungen  
in Lübeck: **C. F. Schütt & Co.** (8602)  
Untertrave 12/13.  
**Verein zur Hebung des Fremden-  
verkehrs, e.V.** Fahrkartenausgabestelle  
u. Reisebureau des Norddeutschen Lloyd,  
Mengstr. 4 Buddenbrookhaus.  
in Hamburg: **Norddeutscher Lloyd**  
Generalvertretung:  
**Wilhelm Lazarus, Bergstraße 11,**  
(Haus Commeter).

**Kolosseum**  
Morgen Mittwoch: 8601  
**K Gr. Ball.**  
Klassendiffn. 5 1/2 Uhr **Joh. und R. Mittag.**

**Deutscher Verkehrsband.**  
Ortsverwaltung Lübeck. (8617)  
Gemeinschaftliche  
Mitglieder-Versammlung  
am Donnerstag, 29. Nov.  
abends 8 Uhr  
im **Gewerkschaftshaus.**  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1923.  
2. Bericht vom Ortsaus-  
schuß.  
3. Wirtschaftselend und  
Transportkrise.  
Referent: Genosse Dr.  
Leber.  
Die Ortsverwaltung.

**Neuer Grund-  
eigentümer-  
Verein, e. V.**  
Morgen (8613)  
am Mittwoch, d. 28. Nov.  
abends 8 Uhr  
**Versammlung**  
in den Zentral-Hallen.  
Wichtige Tagesordnung.  
Die Geschäftsstelle  
befindet sich jetzt  
Alststraße Nr. 38.

**Deutscher  
Metallarbeiter-  
Verband**  
Verwaltungsstelle Lübeck  
**Arbeitsgemeinschaft.**  
(8611)  
**Versammlung**  
am Donnerstag, 29. Nov.  
abends 7 Uhr  
im **Gewerkschaftshaus.**  
Jeder muß kommen.  
Die Ortsverwaltung.

**Gladietheater Lübeck.**  
Mittwoch, 7,30 Uhr:  
**Loisca.** (8600)  
Donnerstag, 7,30 Uhr:  
**Mörder, Hoffnung  
der Frauen, hierauf:  
Arlecchino.**

  
**Hokus, pokus**  
Erdal gibt die Kraft,  
Schon glänzen die Schuhe  
- zauberhaft.  
**Erdal**  
Werner & Mertz A.G. Mainz



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 27. November.

### Bilder aus der friedlosen Zeit.

Wir sind unterernährt. Darüber brauchen wir uns gar nicht zu unterhalten. Es ist so. Nur wissen viele nicht, daß durch diesen permanenten Hunger mit seinen Folgen die Nerven der Menschen reizen wie die Papierstriche der Eisenhandlungspakete. Geht und geplagt rasen wir durch die Welt. Hinter uns der Dollar, Goldmarkrechnung, Rentenmark, Milch, Gas, Brot und andere Preise. Im Anfang vermochten wir dies alles noch zu ertragen; das Tempo war zum Teil noch erträglich. Heute nicht mehr. Unsere Lunge ist kaputt. — Wir bringen die Luft — die Zahlungsmittel — nicht mehr auf. Wir straucheln, stürzen, rasen uns wieder auf: unaufhörlich geht die Jagd. — Die Nerven sind ruiniert. Diese Tatsache zeigt sich überall.

Es genügt der kleinste Anlaß, um den schönsten Streit zu haben. Dinge, über die man früher fröhlich lachte, führen heute zum Krache. Der eine ärgert sich vielleicht über die Kaffeefanne, die er am Morgen in der Hast zerbrach und für deren Ersatz er nun im Geschirrladen 5 Goldmark herappen soll, die er aber gar nicht hat. Vielleicht denkt er auch an seine zerrißenen Schuhe, an das Loch im Strumpf, das mit jedem Morgen unerträglich wird, an den Mantel, zu dem er nun schon Monate spart, und immer weniger in der Lage ist, ihn zu kaufen. Ein anderer rechnet in Gedanken aus, wieviel er auf seine schon lange bezahlten und bestellten Kartoffeln noch nachzahlen soll. Da kommt ihm einer unbeachtlich in die Quere und ruf zerbricht die Höflichkeit und die Rücksicht wie die morsche Kuppelung eines alten Privatbahnwagens.

Auf dem Markt und an den Schaltern, wie rasch regnet es da Schimpfwörter. Und alles nur, weil da vorn eine Frau eine halbe Billion in Willkardenscheinen fauber gebührend eingahlen will und der Beamte nachzählt — was selbstverständliche Pflicht ist —, ob das Geld stimmt. An der Fahrkarteausgabe der Bahnhöfe ist beständig Krisensituation. An der schwarzen Tafel steht seit dem 1. November der Multiplikator. Er wechselt, wenn der Dollarkurs unbeständig ist, jeden Tag. Die einfachen Leute, die sich in dem Teufelskreis mit den Nullen noch nicht zurechtfinden können, stehen hilflos mit ihren Geldtaschen vor dem Fenster. „Was kostet die Fahrt?“ — „1500 Milliarden!“ — „Gestern hat sie 800 gekostet, sagt mein Sohn, der lügt doch nicht.“ — „Zwischen gestern und heute ist ein großer Unterschied, liebe Frau.“ — Die Frau schüttelt den Inhalt ihrer Tasche auf das Brett, zählt, wühlt in bunten Scheinen, Banknoten, Stabgeld, Reichsbankscheinen. Zählt wieder, wirft Milliarden, Millionen durcheinander. Der Beamte wird ungeduldig: „Es reicht doch nicht.“ Schimpfen, Weinen. Der nächste Krach. Andere Menschen trippeln, fluchen, verwünschen und der Beamte ist die Zielscheibe des aufgeschichteten Mergers. Jeder schimpft über jeden, und nicht selten vollzieht die Kritik einen regelrechten Kreislauf.

Zu Hause steht die Gemütslichkeit auch nur auf dem Papier. Raum aufgestanden, kommt dies und jenes. Der Kaffee schmeckt nicht. Es kommt dies und das, nur noch fünf Minuten bis zum Arbeitsanfang — ein hartes Wort der Frau und die Debatte schlägt mit dem Krach. Inzwischen kommt vielleicht schon jemand, der Geld will. Er kommt schön an. Man zählt eben doch und schimpft auf die Regierung, den Senat, die Schieber, und wehe, wer in diesem Augenblick in den Strudel der Kritik gezogen wird. Dann geht die Frau zum Einkauf. Sei, wie da die Augen blitzen und es juckt in allen Fingerspitzen. Schon wieder eine halbe Billion mehr für die Margarine, 100 Milliarden mehr für das Brot. Die Fleischer sind verrückt und der Gemütschändler irrenhausreif geworden. Kommt der Mann nach Hause, wieder das gleiche Gesicht — die Zeitung schreibt wieder einmal Quatsch — bringt du heute Geld — „Da haßt du den Dreck“ auf dem Fußboden liegt der ganze Lohn. — Trah — bums, hat der Kleine eine Ohrfeige, Wüteringsanfall! — Diese Nervenüberreizung wird zuletzt zur Massensuggestion.

Wie ein Funke springt die Nervosität von Mensch zu Mensch. Angstkäufe, Hamsterfahrten, Teuerung und Haufe — alles tritt an unseren Nerven. In den Parlamenten werden aus Müden Elefanten, aus Höflichkeit geballte Fäuste. Die Verdrücktheit wird zur Epidemie. Jeder mittelt hinter dem andern Vertat, den Lumpen, die Kanaille, traut ihm das Schlimmste und Böse zu. Dieser Zustand bringt uns Verhältnisse, die unsere wirtschaftliche Gesundung sehr erschweren. Es ist das Unglück des von Nullen überfüllten Volkes, das zum Himmel schreit. Hand in Hand mit dem Bestreben, bessere Verhältnisse für die Allgemeinheit zu schaffen, muß auch das Bestreben des einzelnen gehen, sein tägliches Verhalten so einzustellen, daß es diese Verdrücktheit nicht fördert.

**Arbeiter-Samariter-Kolonie.** Wie schon mitgeteilt, hat die Arbeiter-Samariter-Kolonie im Kanitzgebäude eine Unfallkassen errichtet, die am Sonntag der Öffentlichkeit gezeigt wurde. Nach eingehender Besichtigung wurde von Fachleuten festgestellt, daß die Kolonie gut eingerichtet ist. Alle Unglücksfälle können von der 160 Mann starken Kolonie sachmännlich bearbeitet werden. In den Räumen selbst herrscht peinlichste Sauberkeit. Die Einrichtungen sind so getroffen, daß selbst kleine Operationen ausgeführt werden können. Für die minderbemittelte Bevölkerung wird diese Einrichtung von besonderer Bedeutung sein. Krankentransporte, Umleitungen usw. werden, soweit eigene Anstalten nicht damit verbunden sind, unentgeltlich ausgeführt. Durch die Unterstützung des Fahrradhandlers Herrn Th. Wedder, Schwarzbauer Allee, wird die Arbeiter-Samariter-Kolonie bald in der Lage sein, eine fahrbare Krankentrage zu besitzen, so daß auch weit entlegene Krankentransporte ausgeführt werden können. Die Lübecker Arbeiterkassen, vor allem diejenigen Arbeiter, die dieses Unternehmen unterstützt haben, können stolz auf das geschaffene Werk sein. In aller Stille und durch emsige Arbeit wurde dieses schöne Werk geschaffen. Hieran sollten sich alle diejenigen ein Beispiel nehmen, die nur nützlich und prägnant, sonst aber keine praktische Arbeit für die Gemeinheit leisten. Noch einige Hundert Männer und Frauen mehr, als wie in der U.S.A. vereinigt sind, dann ließe sich auch noch auf anderem Gebiete vieles schaffen.

**Vorsicht beim Auswandern.** In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, wo reichsdeutsche Arbeitslose sich ins Ausland, insbesondere nach Oesterreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und in die Türkei begeben, um dort Arbeit zu suchen. In den allermeisten Fällen sind solche Reisen nicht nur ganz zwecklos, sondern bringen auch vielfache Unannehmlichkeiten für die Betroffenen mit sich, da die wirtschaftlichen Verhältnisse auch in diesen Ländern keineswegs so beschaffen sind, daß die Zugewanderten

## Zum Volkentscheid!

Habt Ihr noch die geist- und witzlose Agitation der bürgerlichen Parteien und des General-Anzeigers vor der letzten Bürgerstimmwahl im Gedächtnis?

Ganz großes Maul! Dumme Lüge! Vorzeitiges Siegesgepöhl! Furchtbares Geschimpf auf Dr. Leber! Reinfall! Kassenjammer!

Ganz so scheint man es bei den Herren von „Reich und Bildung“ auch diesmal halten zu wollen. Jedenfalls hat der General-Anzeiger einen entsprechenden Anfang gemacht.

Man lese bitte nach, was dieses edle Blatt gestern schrieb:

„Wir haben uns zuletzt vor acht Tagen mit diesem Volkentscheid beschäftigt. Damals brachte der „Volksbote“ einen Artikel, der in geradezu unverantwortlicher Weise die Dinge auf den Kopf stellte. Er sprach den Senatsmitgliedern vor, daß sie am Anzeiger kleben, wärfen von den ungeheuren Kosten des 14köpfigen Senats usw. Er verschwieg offensichtlich, daß es gerade der Senat war, der aus sich heraus die Notwendigkeit einer Verkleinerung dieses Staatskörpers erkannt und einen entsprechenden Antrag gestellt hatte. Dieser Antrag fand aber nicht die Billigung der Linken, weshalb er bei den heutigen Verhältnissen in der Bürgerstimmwahl auch fallen mußte. Der Senat also wollte sparen, die Linke aber machte einen Strich durch diese Rechnung. Der „Volksbote“ hat bis heute auf diesen ihm gemachten Vorwurf der Verdrehung geschwiegen, weil er dagegen nichts einwenden kann.“

Erstens: Der „Volksbote“ hat diese frechplumpe Lüge längst richtig gestellt.

Am Montag tagte der gemeinsame Ausschuss des Senats und der Bürgerstimmwahlkommission des Senats. Auf Anfrage mußte der Vorsitzende (Bürgermeister Neumann) erklären, daß er nicht wisse, wie der General-Anzeiger auf die merkwürdige und absolut unrichtige Behauptung komme, die Linke habe den Antrag auf Verminderung des Senats abgelehnt. In den Berichten der Bürgerstimmwahlkommission steht urkundlich zu lesen, daß dieser Antrag von den Sozialdemokraten bekräftigt und zur endgültigen Ausgestaltung einem gemeinsamen Ausschuss überwiesen wurde.

Zweitens: Das Wichtigste! Die sozialdemokratische Fraktion hat diesen Antrag aus guten Gründen zur Ausgestaltung an eine Kommission verwiesen. Nach unserem jetzigen Gesetz kann der Staat bei der Pensionierung eines Teils des Senats keinen Feind gewinnen. Denn die alten Herren bekommen auch im Ruhestand ihr volles Gehalt weiterbezahlt.

Es genügt also nicht, einige dieser Herren abzujagen. Das Pensionsgesetz muß auch geändert werden, damit der Staat wirklich spart. Die sozialdemokratische Fraktion hat in der Kommission entsprechende Anträge gestellt: Nicht nur Senatoren sind abzujagen, sondern auch ein Teil ihrer zukünftigen Pensionen. Damit die Säge der Sparbarkeit auch einmal oben Spähne fliegen lasse. Und nicht nur immer unten und in der Mitte.

ohne weiteres Arbeit erhalten könnten. Es muß daher vor solchen Auslandsreisen, die nicht auf Grund eines einwandfreien Arbeitsvertrages unternommen werden, dringend gewarnt werden, weil diese Arbeitsuchenden im Auslande nur dem größten Elend preisgegeben sind, zumal wenn sie, wie es oft vorkommt nicht im Besitze ordnungsmäßiger Pässe sind.

### Den Agrariern ins Stammbuch.

Der amerikanische Handelssekretär Hoover war mit der Prüfung der deutschen Ernährungslage betraut, da die Absicht bestand, Deutschlands Ernährung entweder mit großen Geldmitteln zum Ankauf von Lebensmitteln in den an Deutschland angrenzenden Ländern, oder mit Lebensmittelsammlungen in Amerika zu Hilfe zu kommen. Hoover erklärte jedoch jetzt, wie die Auslandspresse, z. B. auch der „Matin“ berichtet, daß er nach eingehender Prüfung der Verhältnisse von einer Hilfe Amerikas abraten müsse. „Denn“, so sagt er, „die deutsche Ernte war in diesem Jahre eine gute Mittelernte. Es gibt genügend Vieh und es ist auch kein Mangel an Vorräten aller Art, insbesondere an Kartoffeln. Es herrscht nur darum Mangel, weil diejenigen Kreise der Bevölkerung, die die Lebensmittel erzeugen, sie nur zu allzu hohen Preisen an die notleidende Bevölkerung abgeben. Wenn aber die Deutschen selbst, die ihren eigenen Volksgenossen helfen könnten, diese hungern lassen, weil sie viel Geld verdienen wollen, welche Veranlassung haben dann wir Amerikaner, den Deutschen beizuspringen? Wenn tatsächlich Nahrungsmittel mangel in Deutschland herrschen würde, müßten wir diesem Lande natürlich beizuspringen, aber wir denken nicht daran, in Amerika Millionen von Dollars zu sammeln, wenn die deutschen Landwirte nicht das ihrige tun wollen, um der Bevölkerung zu helfen.“

Die deutschen Agrarier müßten sich ob dieser Lektion schämen, wenn sie der Scham nicht längst entlag hätten!

### Ärzte und Krankenkassen.

Durch die bürgerliche Presse geht zurzeit wieder eine Zuschrift des Leipziger Ärzteverbandes. Auch im „General-Anzeiger“ befindet sich dieses Gloriat. Wie es scheint, beabsichtigt die Ärzte-Organisation wieder einmal einen Fühzug im großen bei den Krankenkassen vorzunehmen. Der Verzehtand ist, wie alle freien Berufsstände, augenblicklich in einer schweren wirtschaftlichen Notlage. Die Privatpraxis ist äußerst gering. Der Mittelstand, selbst der „bessere“, kann, da auch in bedrängter Lage, die von den Ärzten in ihrer Tage festgehalten als „angemessen“ bezeichneten Honorare nicht zahlen und geht daher erst im äußersten Notfall zum Arzt. Da sollen nun die Krankenkassen wieder einmal das Kamel sein, die Schuld an dem Ruin des Verzehtandes. In der erwähnten Zuschrift des Leipziger Ärzteverbandes wird in ganz gleicher Weise wie 1920 der allgemeine Verzehtand bei den Kassen propagiert. War es 1920 die Heraushebung der Versicherungsgrenze für Angestellte und Handlungsgeschäftliche, die den Ärzten als Grund dienen mußte, um den „vertragslosen“ Zustand zu erklären, so ist es heute eine Forderung der Reichsregierung, die zum Schutz der Krankenkassen erlassen ist. Diese Verordnung regelt gewissermaßen das Verhältnis der Kassenärzte zu den Kassen. Der Leipziger Verzehtand hat nun einmal das Dogma der „freien Verzehtand“ aufs Schild erhoben und ihm ist jedes Gesetz oder jede Verordnung, die dieser seiner Forderung etwas hinderlich sein könnte, eine Kampfanzeige. Und in der verzweifeltsten Lage, in der die Ärzte nun einmal sind, werden sie dem Rufe ihrer Organisation folgen, ganz wie 1920. Auch in Lübeck. Wie wars damals?

Was wird auf diese Feststellung der General-Anzeiger antworten? Er wird auf die Sache gar nicht eingehen. Sondern er wird seine friedfertigen Leser mit dummem Geschwätz einleiten.

Das heißt, er wird sein ödes Geschimpf auf den Genossen Leber weiter betreiben.

Dieserjenige, die in der Sozialdemokratie und ihren Zielen sich austennen, lachen schon längst darüber. Aber man spekuliert in der Königsstraße auf Dumme! Und von denen gibt es noch sehr viele. Vielleicht dämmert auch denen die eine oder andere Ahnung auf, wenn sie den kurzen Bericht der gestrigen Gerichtsverhandlung lesen.

Jugend ein deutschnationaler Kaufmann hatte sehr üble persönliche Verleumdungen über Dr. Leber verbreitet. Vor Gericht gestellt, machte er nicht einmal den Versuch, Wahrheitsbeweise zu erbringen. Er leugnete sein dummes Geschwätz einfach ab und winkte um Gnade.

Selbst dem mit Arm und Bein ausholenden Dr. Wittern blieb das Wort im Rachen stecken, als er Beweise bringen sollte.

Was aber die nationalen Herrschaften nicht abhalten wird, weiter zu wackeln.

Auch auf den parlamentarischen Untersuchungsausschuss (über den Polizeistandal) kommt der General-Anzeiger zu sprechen. Und meint, daß das bisherige Ergebnis nicht sehr erfreulich gewesen sei. Das stimmt! Denn mindestens 30 Personen mit den allererschwersten Mißhandlungen — Männer und Frauen — haben sich dem Ausschuss bisher vorgestellt. Von der Polizei allerdings weiß kein Mensch etwas davon! Und wenn die beiden Toten nicht endgültig und objektiv tot wären, so wüßte auch keiner etwas davon. Also sehr unfröhliche Erinnerungen! Und wir glauben nicht, daß ein aufrichtiger und ehrlicher Polizeibeamter Freude empfindet, wenn er zurückdenkt. Allerdings hat er eine Entschuldigung: oben hatte man so den Kopf verloren, daß keiner mehr Rat wußte.

Die sozialdemokratische Bürgerstimmwahlkommission sei von Dr. Leber kommandiert, so heißt dann des bürgerlichen Wahlprogramms und des General-Anzeigers letzte und höchste Weisheit. Zu dieser blödsinnigen Behauptung haben wir nur eine nette Randbemerkung zu machen: Politische Trottel, wie sie den General-Anzeiger und so manche bürgerliche Fraktion schmücken, könnten allerdings in der sozialdemokratischen Fraktion nicht die geringste Rolle spielen, und noch weniger kommandieren. Aber für den General-Anzeiger reicht! Dessen Ansprüche sind sehr, sehr bescheiden!

Man wird ja an Wahnwägen noch allerlei erleben. Aber das wird alles nichts sein. Der Kassenjammer beim Bürgerstimmwahl wird auch diesmal nicht ausbleiben. Und wir geben deswegen den bürgerlichen Herren den wohlgemeinten Rat, diesmal keinen Sekt fall zu stellen. Nehmen Sie das Eis lieber auf den Kopf, meine Herren, dort ist es besser angebracht und wirklich viel, viel nötiger.

Ende März war ein neuer Vertrag zwischen Ortskrankenkasse und Ärzte-Vertragskommission geschlossen. Alles war zufrieden. Trotzdem traten im Mai die Ärzte in den Streit, wie er von Leipzig angeordnet war. Den Mitgliedern wurden große Opfer auferlegt und als die Herren entdeckten, daß es auch so ging, erklärten sie am 1. Juli: Wir nehmen die Praxis wieder auf. Ob die Kassen und die Mitglieder sich auch diesmal wieder so gemächlich ein derartiges Verfahren der Ärzteschaft gefallen lassen werden? Wie naiv die Herrschaften im Leipziger Verzehtand die Situation auffassen, zeigt der Schluß der Zuschrift an den „General-Anzeiger“:

„Die Beilegung der Berordnung ist von der ärztlichen Organisation beim Reichstage beantragt. Wird dem Antrag nicht bis zum 30. November stattgegeben, so werden die Ärzte vom 1. Dezember 1923 ab ihre Tätigkeit bei den Krankenkassen, von denen sie ohnehin keine angemessene Bezahlung mehr zu erwarten haben, einstellen und die Versicherten nur noch als Privatpatienten behandeln.“

Wir schämen, daß das „Hohe Haus“ in Berlin augenblicklich reichlich zu tun hat. Es dürfte die Drohung der Ärzte kaum beachten, zumal den Volksvertretern jedenfalls bald ein „vertragsloser Zustand“ winkt. Zum Schluß sagen die Ärzte:

Arbeitgeber und Arbeitnehmer mögen zusehen, was aus den hohen Kassenbeiträgen wird. Wir schließen, indem wir allen Krankenkassen-Vorständen den Rat geben: Nichts! Auch zum 1. Dezember 1923 auf den vertragslosen Zustand ein.

Die Tinte vorstehender Zeilen ist kaum trocken, da erhalten wir die Nachricht, daß sämtliche Ärzte ganz Deutschlands ihre Verträge mit den Krankenkassen gekündigt haben und zwar zum 1. Dezember. Als wichtiger Grund wird jene Berordnung des Reichsarbeitsministers vom 31. Oktober 1923 angeführt.

### Die Höchststrafe für eine Beleidigung! 1 Billion Papiermark.

Am Montag fand ein Beleidigungsprozeß statt. Der Kolonialwarenhandeler Maggard, Rohannisstraße, hatte in seinem Laden die allgemein bekannten Verleumdungen gegen Dr. Leber verbreitet. Zunächst hatte er die Behauptung aufgestellt, daß Dr. Leber ein Erztanzose sei und kurz vor den Augustnarrhen in Frankreich gewesen sei —. Dann schloß er eine Behauptung über „unethisches Verhalten“ an. Da diese dummen und gemeinen Verleumdungen mehr und mehr überhandnahmen, hatte Dr. Leber Privatklage angeklagt. Die Verhandlung gab ein merkwürdiges Bild. Der Beklagte — vertreten durch Dr. Wittern — machte nicht einmal den Versuch, irgend einen Wahrheitsbeweis anzutreten. Er verlegte sich einfach auf die Ludendorffstatistik und leugnete alles weg. Das Gericht sah aber auf Grund einwandfreier Zeugenaussagen als völlig erwiesen an, daß Maggard die Äußerungen getan hatte und verurteilte ihn wegen Beleidigung zu der höchstmöglichen Geldstrafe von 1 Billion Mark und den Kosten des Verfahrens. — Das Gericht bedauerte in der Begründung selbst, daß ihm kein höheres Strafmaß zur Verfügung stand. Und es ist in der Tat ein Standal, daß man bei unsern heutigen Gesetzen für 1 Goldmark jeden Menschen bodenlos beleidigen kann.

**Mandolinenkonzert im Gewerkschaftshaus.** Echtes Volkslied hat in einem Konzert am Sonntagabend der Lübecker Mandolinenklub von 1911 einem zahlreichen Publikum. Noch vor wenig Jahren weiteren Kreisen nur dem Namen nach bekannt, ist die Mandoline in neuerer Zeit das Instrument des Volkes geworden und namentlich der Jugend und den Wanderern unentbehrlich. Daß die Mandoline sich aber nicht nur zur Begleitung eines lustigen Marktschreies eignet, sondern (namentlich unter Zuhilfenahme einiger Begleitinstrumente) wunderbare Klangwirkung erzielt, bewies das Konzert am Sonntag und zer-



Worte damit manches Vorurteil. Das etwa 50 Spieler starke Orchester, bei dem verschiedene Stücke durch Klavier, Harmonium, Kontrabaß, Kesselpauken und Flöte wirkungsvoll ergänzt, wies zum Teil wirklich beachtenswerte Leistungen auf, die lebhaften Beifall ernteten. Das war namentlich der Fall bei dem „Kallien von Bagdad“ und dem Largo von Sibelius. Dringend verlangt und auch erreicht wurde die teilweise Wiederholung der bekannten „Mondnacht auf der Alfer“ von Strauss. Der anhaltende Beifall am Schluß des Konzertes dankte dem Orchester und seinem umsichtigen Dirigenten, Herrn S. Kalltens, für einen genussreichen Abend, dessen Wirkung durch die im Saale herrschende Kälte wenig beeinträchtigt wurde. — Eine Wiederholung des Konzertes ist für den Schluß dieser Woche in der „Flora“ in Aussicht genommen.

**Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika-Linie.** Hamburg-Nordamerika. Nach New York: D. Cleveland 29. 11., D. Reliance 1. 12., D. Westphalia 6. 12., D. Mount Clay 19. 12., D. Albert Ballin 22. 12., D. Thüringia 29. 12. Nach Boston, Baltimore, Norfolk: D. Bayern 3. 12. Nach Boston, Philadelphia, Baltimore, Norfolk: D. Brasilia 29. 12. Westküste Nordamerika: D. Ulrich 1. 12., D. Montpellier 12. 12., D. Hessen 29. 12. Hamburg-Ruba-Mexiko-Westindien: D. Emden 8. 12., D. Toledo 22. 12., D. Amalia 15. 12. Hamburg-Südamerika. La-Plata-Dienst: D. Baden 28. 11., D. Wasgenwald 11. 12., D. Galicia 28. 12. Brasilien-Dienst: D. Niederwald 5. 12. Hamburg-Dänien: M.S. Münsterland 12. 12., Engl. D. City of Glasgow 8. 12., D. Nache 15. 12., Engl. D. Pyrrhus 22. 12., D. Oldenburg 29. 12.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Stadttheater.** Im Mittwoch-Abonnement wird Puccinis Musikdrama „Tosca“ wiederholt. Donnerstag: Erste Wiederholung von „Mörder, Hoffnung der Frauen“ und „Arlecchino“.

**Schauspieltheater.** Täglich 7½ Uhr gelangt die bekannte Operette „Der Zigeunerbaron“ mit der Operettenfängerin Frau Gertrud Seewald-Schulze als Gast zur Aufführung.

## Gewerkschaften.

### Verordnung über Notstandsarbeiten.

Der Reichsarbeitsminister hat auf Grund der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge und der Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge neue Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten erlassen, denen mit folgenden entnehmen: Notstandsarbeiten sind Arbeiten, die mit Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gefördert werden. Besondere Förderung verdienen Notstandsarbeiten, die geeignet sind, die Menge einheimischer Nahrungsmittel, Rohstoffe und Betriebsstoffe zu vermehren, die in hohem Maße menschliche Arbeitskraft beanspruchen und in geringem Maße sachlichen Aufwand verbrauchen. Arbeiten, denen ein volkswirtschaftlicher Wert nicht zukommt, sollen grundsätzlich nicht unterstützt werden. Als Träger der Notstandsarbeiten gelten nur Körperschaften des öffentlichen Rechts, gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen und Privatunternehmen, soweit ihre Tätigkeit nicht auf den Erwerb gerichtet ist. Die Förderung einer Notstandsarbeit soll im allgemeinen nicht über die Dauer von sechs Monaten hinausgehen. Die Notstandsarbeiten dürfen nur dem öffentlichen Arbeitsnachweise entnommen werden und müssen mindestens zwei Wochen vor Zulassung zur Notstandsarbeit Erwerbslosenfürsorge bezogen haben, wobei diejenigen zu bevorzugen sind, die schon längere Zeit erwerbslos sind. Eine Beschäftigung des Notstandsarbeiters ist nicht als Arbeitsverhältnis, sondern als eine Form der Erwerbslosenfürsorge anzusehen. Seine Arbeit stellt die Gegenleistung für die Unterstützung dar. Bei Arbeitsvermittlung kann die Unterstützung entzogen werden. Beträgt die Arbeitszeit wöchentlich mehr als 24 Stunden, so erhöht sich die wöchentliche Hauptunterstützung für je 2 weitere Stunden um 20 Proz. Jedem Notstandsarbeiter muß eine bestimmte Mindestleistung vorgegeschrieben werden. Für besonders schwierige und gute Arbeitsleistung sollen Prämien festgesetzt werden, die aber in ihrem Gesamtbetrag für je 8 Stunden 5 Proz. des wöchentlichen Hauptunterstützungssatzes nicht überschreiten dürfen. Falls nicht genügende Arbeitsgelegenheit für alle Erwerbslosen eines Bezirkes vorhanden ist, so soll nach Möglichkeit in mehreren kurzen Schichten gearbeitet werden, anderfalls sollen die Notstandsarbeiter im allgemeinen nach 36 Arbeitstagen ausgewechselt werden. Die Gemeindeaufsichtsbehörden haben das Recht, bei sogenannten kleinen Notstandsarbeiten den oben erwähnten Zuschlägen zu widersprechen, falls

die Bestimmungen nicht innegehalten werden. Große Notstandsarbeiten dürfen nur gefördert werden, wenn sie mindestens 2000 Arbeitslosgenossen umfassen. Die Förderung soll im allgemeinen das Doppelte der gewöhnlichen Erwerbslosenunterstützung, nur in Ausnahmefällen das Zweifache nicht übersteigen. Notstandsarbeiten, aus denen ein Betrag zu erwarren ist, dürfen nur gefördert werden, wenn dem Reiche und dem Lande ein angemessener Anteil am Ertrage gesichert ist. Darlehen dürfen nur zu verbrieften und mit wertbeständiger Verzinsung gegeben und sollen planmäßig getilgt werden. Die Tilgungsfrist darf 10 Jahre nicht übersteigen. Eine große Notstandsarbeit darf nur gefördert werden, wenn sie als der Förderung würdig und bedürftig anerkannt worden ist. Der Antrag auf Förderung soll vor Beginn der Arbeit gestellt werden. Nur in besonderen Ausnahmefällen kann er noch bis zu 4 Wochen nach Beginn der Arbeit zugelassen werden. Für die Anerkennung einer Notstandsarbeit ist die Reichsarbeitsverwaltung (Reichsamt für Arbeitsvermittlung) u. a. zuständig, wenn ein Darlehen gewährt werden soll, aber wenn sich die Notstandsarbeit auf einen längeren Zeitraum als 6 Monate erstreckt. Im allgemeinen ist die Oberste Landesbehörde für die Anerkennung zuständig. Die Förderung der großen Notstandsarbeiten wird aus dem Fonds der produktiven Erwerbslosenfürsorge bestritten. Die Reichsarbeitsverwaltung kann den Ländern Pauschalvorläufe gemähren, die am Schluß des Rechnungsjahres wieder einzuziehen sind und die schätzungswise Betrag der Reichsanteile an den Notstandsarbeiten nicht überschreiten dürfen. Ein zugesicherter Förderungsbetrag kann von der Obersten Landesbehörde verlagert werden, wenn der Träger der Notstandsarbeit der zuständigen Verwaltungsbehörde nicht spätestens innerhalb 3 Monaten eine prüfungsfähige Abrechnung vorlegt.

Diese Bestimmungen treten mit dem 3. Dezember 1923 in Kraft, während gleichzeitig die Ausführungsbestimmungen vom 23. Dezember 1922 und vom 25. Oktober 1923 außer Kraft gesetzt werden. Bereits laufende Notstandsarbeiten sollen baldmöglichst, spätestens bis zum 29. Dezember 1923 nach den neuen Bestimmungen umgestaltet werden.

## Konferenz der Bevollmächtigten des Deutschen Eisenbahner-Verbandes für den Bezirk Altona.

Am Sonntag, dem 25. ds. Mts., tagte im Gewerkschaftshaus in Hamburg die Konferenz der Bevollmächtigten des Deutschen Eisenbahnerverbandes mit der Tagesordnung: Die Lage des Verbandes und die Beitragsleistung in den einzelnen Ortsgruppen. Von den im Bezirk bestehenden 80 Ortsgruppen hatten bis auf 12 kleinere alle ihren Bevollmächtigten entsandt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Bezirksleiter Ramps eine eingehende Darstellung über die verschiedenen Angelegenheiten, die den Verband in der letzten Zeit besonders beschäftigt haben, so u. a. den Stammarbeitererlass, den Personalabbau, das Arbeitszeitgesetz, die Erneuerung des Tarifvertrages und die Lohn- und Gehaltsverhandlungen.

Bezüglich des Personalabbaues im Eisenbahnbetriebe wurde die Stellung des Verbandes dahin erläutert, daß, wenn schon Entlassungen nicht zu vermeiden sind, eine gerechte Handhabung der Verteilung zwischen Beamten und Arbeitern eintreten muß. Der D. E. V. schließt in dieser Beziehung die Beamten sowohl wie die Arbeiter. Nicht unbedingt notwendigen Ründigungen oder Entlassungen wird entschieden entgegengetreten, ebenso unberechtigten Forderungen oder Zurückverlegungen. Wenn sich aber Bestrebungen geltend machen, daß man die nach der Personalabbau-Verordnung vorgeesehenen Entlassungen bei Beamten auf die Arbeiter abzuschieben versucht, so kann ein solches Vorgehen nicht geduldet werden, und der Verband wird sich ganz entschieden dagegen wenden.

Bezüglich des Arbeitszeitgesetzes schloß sich die Konferenz durchs den Stellungnahme des Verbandes dahin, in dessen Entschiedenheit vom Sonntag, dem 28. Oktober an. In der Entschiedenheit ist ausgesprochen, daß der D. E. V. den vorliegenden Gehaltswurf zum Arbeitszeitgesetz ablehnt, und daß der Vorstand beauftragt wird, in Verbindung mit dem A. D. G. V. den ganzen Einfluß auszuüben, um den Anschlag des Unternehmens auf die allgemeine Arbeitszeitverlängerung erforderlichensfalls mit allen gemeinschaftlichen Mitteln abzuwehren.

Zu dem Bericht über die Lohn- und Gehaltsverhandlungen, in dem eine nähere Darstellung über die Umstellung der Löhne von Papiermark auf Goldmark gegeben wurde, hat die Konferenz nachfolgende Entschlüsse gefaßt:

„Die am 25. ds. Mts. tagende Konferenz der Bevollmächtigten des Bezirks Altona des D. E. V. nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Goldlohnverhandlungen. Die Konferenz sieht in

den festgelegten Goldlöhnen kein befriedigendes Ergebnis gegenüber den sehr hohen Warengoldpreisen. Sie verurteilt auf die schärfste die hohen Spannungsunterschiede zwischen den einzelnen Lohngruppen. In der Schaffung von Wirtschaftsgeldern und Beibehaltung der bisherigen Ortsklassen erblickt die Konferenz eine Verschlechterung, weil nunmehr statt fünf Ortsklassen deren fünfzehn vorhanden sind. Nach der Einführung von Goldlöhnen erwartet die Konferenz jedoch unbedingt die Zahlung der Bezüge in goldwertigen Zahlungsmitteln. Der Vorstand wird ermahnt, auf dem schnellsten Wege eine Vereinbarung mit dem R. V. M. dahingehend zu treffen, falls aus technischen oder anderen Gründen die Bezüge nicht voll goldwertig gezahlt werden, die etwa in Papiermark gezahlten Bezüge nach dem geltenden Tageskurs zu zahlen und um 50 Proz. aufzuwerten.“

Die Konferenz ersucht den Vorstand, auf dem schnellsten Wege Goldbeiträge für den Verband einzuführen und dabei festlegen zu lassen, daß die Beiträge in goldwertigen Zahlungsmitteln zu leisten sind. Bei Papiermarkzahlung muß mindestens ein Fünfprozentiger Aufschlag gezahlt werden.“

Ueber die Beitragsleistung der einzelnen Ortsgruppen im Bezirk berichtete der Kollege Krüger. Daraus ging hervor, daß die Beitragsleistung der Mitglieder in den verschiedenen Ortsgruppen, von denen berichtet werden mußte, daß eine Anzahl ihrer Mitglieder drei bis fünf Wochen mit den Beiträgen rückständig waren. Diese rückständige Entrichtung der Beiträge wurde von der Konferenz scharf verurteilt, weil durch die inzwischen eintretende Entwertung der Papiermarkbeiträge die spätere Verwendung des Geldes für den Verband vollständig bedeutungslos wird. Von den anwesenden Kollegen wurde einstimmig anerkannt, daß nur eine pünktliche Beitragszahlung den Verband aktionsfähig erhalten kann, weil nur durch die pünktliche Beitragsleistung die Verbandsleitung kalkulieren kann, was für das eingegangene Geld durch die Hauptkasse bzw. durch den Verband an Leistungen für die Gesamtheit der Mitglieder übernommen werden kann. Unpünktliche Beitragsleistung bedeutet völlig unklare Einnahmen. Bei unklaren Einnahmen könne der Verband nichts leisten, und die dadurch eintretenden schweren Nachteile fallen auf die Mitglieder zurück. Deshalb verpflichteten sich die Vertreter, in jeder Ortsgruppe dafür zu sorgen, daß eine pünktliche Beitragszahlung und eine pünktliche Abführung der Gelder an die Hauptkasse und an die Bezirkskasse unter allen Umständen erfolgen solle.

### Marktberichte.

**Kuttermittel.** Hamburg, 26. November. Mais Iolo (in holländischen Gulden) 3,40, Reisfuttermehl (24 Proz.) Dez.-Februar (in Dollar) 1,50, Inlandsweizenkiste, Iolo, in Papiermark 7,50 Billionen. Tendenz: ruhig, ohne größeren Umsatz.

**Einhandelspreisnotierungen des Hamburger Futurhandels.** Hamburg, 26. November. Safer 25 000, Milchfutur 22 000, Hafer 8000, Weizengeb. 9000, Timothy- und Kleebau geb. 10 500, Preßstroh 8000 (alles per Zentner in Milliarden Mark).

**Getreide.** Hamburg, 26. November. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Die Festigkeit in ausländischem Getreide machte weitere Fortschritte, was sich besonders bei Gerste bemerkbar machte. In inländischem Getreide waren nur wenig Umsätze zu verzeichnen, da das wertbeständige Geld fehlt. Preise in Goldmark: Weizen 2,30—2,40 Dollar, Roggen 2,15—2,25 Dollar, Hafer 2,00—2,05 Doll., Gerste 2,30—2,40 Doll. an inländische Station, ausländ. Gerste 2,50—2,60 Dollar, Mais 2,60—2,70 Dollar frei Kaimaggon. Weltauchen im Einklang mit Gerste sehr fest und gut umgelegt.

**Butter und Milch.** Hamburg, 27. November. Erhöhte Preise für Butter, Milch und Brot. Auf Grund der Festlegung des Großhandelsabrechnungspreises für Butter auf 1,70 Goldmark beträgt der Ladenpreis für Butter 2,50 Goldmark, bei Zahlung in Papiermark 30 Proz. Aufschlag. Der Milchpreis ist ab Dienstag, 27. November, wie folgt festgelegt: 1 Liter Vollmilch kostet 492 Milliarden Mark und 1 Liter Mager- oder Buttermilch 260 Milliarden Mark.



die beste Milch-Schokolade

## Wibisektion.

### Aus einer Gerichtsverhandlung.

Der medizinische Sachverständige: „Der Angeklagte kam zu mir in der Sprechstunde, ich glaube, es ist ein Jahr her. Ich nahm damals eine eingehende Untersuchung vor. Die Diagnose läßt sich dahin zusammenfassen: Eine Kopfverletzung, die der Angeklagte sich vor Jahren zugezogen hat, gibt häufig zu Gemütsstörungen Veranlassung. Der Mann ist sehr leicht erregbar, äußerst nervös. Dazu kommt ein erbliches Uebel. Sie wissen, meine Herren, daß hereditäre Geschlechtskrankheit bisweilen die Zurechnungsfähigkeit ausschaltet. Hier trifft das zu. Die Denkwiese des Angeklagten ist keineswegs normal; sie ist beschränkt. Nun ist, wie Sie ja schon zur Genüge gehört haben, der Mann ein schwerer Alkoholik. Ich habe selten einen Menschen in Behandlung gehabt, der in solch hemmungsloser Weise Alkohol zu sich nimmt. Ein bis zwei Gläser Schnaps aber verleben ihn bereits in einen Zustand, wo jeder freie Willensentscheid ausfällt. Das, was wir „ethisches Bewußtsein“ zu nennen pflegen, ist bei dem Angeklagten in geringem Maße vorhanden. Er ist ohne Zweifel eine moralische Minderwertigkeit.“

Der Staatsanwalt: — Gewiß, dem Angeklagten mangelt, wie der Herr Sachverständige in seinem Gutachten sagt, ethisches Bewußtsein; ihm geht bisweilen jeder freie Willensentscheid ab. Aber bedenken Sie, mit welchem — ich möchte sagen — schutzlosem Raffinement die Tat ausgeführt wurde! Zugegeben, daß seine Denkwiese beschränkt ist, daß er an Gemütsstörungen leidet, daß er, sei es durch Vererbung, sei es durch den Alkohol, zerrüttet ist! Alles zugegeben! Aber er ist auch heimtückisch, hinterlistig — und dieses mit vollem Bewußtsein! — Ich habe erfahren, wie er zum Beispiel mit seiner Frau umgeht. Meine Herren — es ist ein Bild tiefer Verworfenheit; tiefer Verworfenheit, sage ich Ihnen —!“

Der Verteidiger: — Der Herr Staatsanwalt spricht von bewußter Heimtücke, von einem bewußt heimtückischen Treiben meines Klienten. Meine Herren, sehen wir uns doch den Angeklagten an! Haben Sie nicht alle den Eindruck, daß hier ein zurechnungsfähiges Individuum, ein Kretilis vor uns sitzt? Der Mann ist doch ein schwer-psycho-pathischer Fall, eine Minderwertigkeit — und nichts weiter —!“

Der Angeklagte (zu sich): — Gemütsstörungen — erbliches Uebel — beschränkt — moralische Minderwertigkeit — heimtückisches Raffinement — zerrüttet, heimtückisch — ein Bild tiefer Verworfenheit! — unzurechnungsfähig — Kretilis — psycho-pathischer Fall, Minderwertigkeit — geht mir eine Flasche Schnaps! Ich will mir nichts anmerken! — Heinrich Gutmann —“

## Aus der Weisheitskammer des alten Nestor.

Johann Nestor, Komiker, Dramatiker und Theaterdirektor in Wien (1802—1862), sehr bekannt geworden durch sein lustiges Volksstück „Lumpazivagabundus“, war reich an Mutterwitz. Egon Friedell veröffentlichte unter dem Titel „Das ist klassisch“ einige besonders prägnante Aussprüche dieses Mannes, die wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen:

Die Dummheit ist eine fürchterliche Stärke, sie ist ein Fels, der unerschütterlich dasteht, wenn auch ein Meer von Vernunft ihm seine Wogen an die Stirn schleudert. Leidenschaft wurde schon oft von dem sanften Hauch der Liebe, öfter noch von dem rauhen Sturmwind der Erfahrung verweht, selbst das Lafter ist nicht selten vor dem Licht der besseren Ueberzeugung gesunken, nur die Dummheit hat sich hinter ein festes Bollwerk von Eigensinn verjüngt, pilant beim Angriff noch die spitzen Palisaden der Bosheit drauf und steht so unerschütterlich da.

Wenn der Jural zwei Wölfe zusammenführt, fühlt gewiß keiner die geringste Beklemmung über das, daß der andere ein Wolf ist; aber zwei Menschen können sich wie im Walde begegnen, ohne daß nicht jeder denkt, der Kerl kommt ein Räuber sein.

Es gibt noch viele Leute, die ganz stolz den Selbstmord eine Feigheit nennen — sie sollen's erst probieren, naher sollen sie reden.

Die Lieb' ist eine Nachtigall, und die Nachtigallen haben das, daß sie im dunkeln Raub des Verbores viel reizender klingen als auf der offenen flachen Heerstraße der Pflicht.

Die Hindernisse sind das, was die Liebe erst interessant macht. Wer noch nie über einen Steigen gestiegen ist, wenn sein Buzel noch nicht alle Farben gespiegelt hat, wenn noch nie ein Lavoir auf'n Kopf ist geschütt' worden, der kennt den wahren Reiz der Liebe nicht.

Ueber ein altes Weib geht nichts als ein Mann, der ein altes Weib ist.

Die Frauen we'n in der Luft gleich zu läufig, am besten halten sie sich, wenn sie eingeperrt sind. Das hat mir ein Türck gesagt, der Deutsch konnte hat.

Ja viel plauken tun d' Weiber erst, wenn sie alt werden; wenn sie jung sind, verschweigen sie's uns zu viel.

Beim Heiraten muß man nicht vorzeitig sein, das Geld, was man auf die Hochzeit ausgibt, ist sehr häufig die erste Einzahlung in die wechselseitige Lebensversicherungskasse.

Wenn man das Notwendigste auf Borg nimmt und die Luxusgegenstände schuldig bleibt, dann kann man mit wenigem leben.

**Amerikanische Entdeckungen in der Wüste Gobi.** Vor einiger Zeit wurde, wie hier schon berichtet, eine Forschungsfahrt in die Mongolei unternommen, geführt auf die Freigebiete amerikanischer Millionäre und angeregt durch Professor Osborn, die große Autorität in fossilen Mammalien und Reptilien Amerikas. Osborn war durch die Weisheit, die in der Verteilung dieser Tiergattungen in der alten und neuen Welt bemerkbar ist, schon längst auf den Gedanken gekommen, daß ein gemeinjam es Verteilungs-Zentrum irgendwo auf dem Hochplateau Nordost-Asiens zu finden sein müsse. Autos sowie Kamele unterstützten die Expedition nach jeder Richtung. Sie bestand aus acht Amerikanern einschließlich eines Paläontologen und eines Zoographen. In dem sie von Kalgan, nördlich von Peking, abreisten, drangen sie in das Gebiet der Wüste ein. Die Wichtigkeit von Osborns Theorie wurde glänzend bestätigt. Sie fanden ungefähr 70 Schädel und 12 komplette Skelette von Dinosauriern nebst zahlreichen Eiern. Da man sich noch nicht darüber klar war, ob diese Tiere lebende Junge hervorbrachten oder Eier legten wie die modernen Reptilien, so konnte dieser interessante Punkt ohne weiteres klargestellt werden. In einem Ort, das gebildet war, sah man innerhalb der Vertiefung deutlich den Embryo des Tieres, weiß auf dem rötlichen Gesteinsgrund. Natürlich sind die Resultate noch nicht genügend klassifiziert, was voraussichtlich noch einige Zeit dauern wird, doch darf man annehmen, daß ein Forschungsfeld gefunden wurde, das sich der Montana-Region in den Vereinigten Staaten, wo solch glänzende Ergebnisse in der Fossilienforschung zu verzeichnen sind, würdig anschließt. In der Sekundärzeit waren die Reptilien die Herrin des Landes wie des Wassers und der Luft, indem sie sich allen Elementen anpaßten. Als Dinosaurier hatten sie die Länge eines Walfisches bis herab zu Säbnergröße, einige liefen auf allen Vieren, andere bewegten sich halb aufrecht, wie das Känguruh. Die meisten waren Pflanzenfresser, fürchterlich müssen die großen Fleischfresser, wie der Megalosaurus, gewesen sein. In der Welt der Sekundärzeit waren die höheren Säugetiere (wie Professor Boyd Dawkins uns mitteilt) noch nicht erschienen, wie lange das jedoch her ist, und welche Zeiträume zwischen dem Aussterben der Dinosaurier und dem Erscheinen der Säugetiere in der Tertiärzeit liegen, ist mit dem Mittel menschlicher Zeitrechnung nicht auszudrücken. Inzwischen wird der menschliche Geist nicht ruhen, bis er näheres über diese Eidechsen-Könige in ihren einsamen Totenländern der Wüste Gobi erfahren kann.